

# Arbeitspapier/Dokumentation

herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 035/2001

Wolfram Brunner / Jutta Graf / Viola Neu

Die politische Meinungslage in Deutschland 1990-2001

Sankt Augustin, August 2001

Ansprechpartner:

Dr. Stephan Eisel  
Leiter der Hauptabteilung  
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“  
Telefon: 02241/246-630  
E-Mail: [stephan.eisel@kas.de](mailto:stephan.eisel@kas.de)

Wolfram Brunner / Jutta Graf / Viola Neu  
Team „Politische Kommunikation, Parteien- und  
Meinungsforschung“  
Telefon: 02241/246-574/-259/-249  
E-Mail: [wolfram.brunner@kas.de](mailto:wolfram.brunner@kas.de) / [jutta.graf@kas.de](mailto:jutta.graf@kas.de)/  
[viola.neu@kas.de](mailto:viola.neu@kas.de)

Postanschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

## **Inhalt**

|   |           |
|---|-----------|
| <b>Einleitung und Kernergebnisse</b>  | <b>1</b>  |
| <b>1. Wähleranteile</b>   | <b>4</b>  |
| <b>2. Wählerpotentiale</b>  | <b>9</b>  |
| <b>3. Parteisympathie</b>   | <b>11</b> |
| <b>4. Parteiidentifikation</b>  | <b>14</b> |
| <b>5. Wichtigkeit politischer Themen</b>                                    | <b>17</b> |
| <b>6. Problemlösungskompetenzen</b>   | <b>23</b> |
| <b>6.1 Ausgewählte Problemlösungskompetenzen in West und Ostdeutschland</b> | <b>30</b> |
| <b>6.2 Das Kompetenzprofil der PDS in Ostdeutschland</b>                    | <b>38</b> |

## Einleitung und Kernergebnisse

Grundlegende Aussagen zu Kontinuität und Wandel im Verhältnis der Bundesbürger zu Staat und Politik lassen sich nur auf der Grundlage einer fortlaufenden Beobachtung der Werte- und Meinungslage treffen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat daher seit Anfang der 70er Jahre immer wieder repräsentative Meinungsumfragen durchgeführt und entsprechende Studien veröffentlicht, die auf eine langfristige Betrachtung der Bevölkerungseinstellungen abzielen. Ein solcher Längsschnittvergleich ermöglicht es nicht nur, grundlegende Trends aufzuspüren. Durch ihn kann auch die aktuelle politische Stimmungslage viel besser beschrieben, eingeordnet und bewertet werden.

In der vorliegenden Studie werden die neuesten Resultate der Langfristbeobachtung aus dem Frühjahr 2001 im Zeitvergleich seit 1990 vorgestellt.<sup>1</sup> Die wichtigsten Ergebnisse sind:

- Die Union hat ihr Stimmungstief, in das sie in den Jahren 1997 und 1998 geraten war, inzwischen überwunden. Sie erreicht 2001 mit 37 Prozent der Wählerstimmen in etwa das Niveau von 1995 und 1996. Umgekehrt ist die SPD zwischen Frühjahr 1998 und Frühjahr 2001 in der Wählergunst zurückgefallen und hat Sympathiepunkte eingebüßt. Dieser Stimmungsrückgang macht sich vor allem in Ostdeutschland bemerkbar, wo sie von 42 auf 36 Prozent abrutscht. Im Zeitvergleich bleibt ihr aktueller Wähleranteil von 40 Prozent im gesamten Bundesgebiet aber ein gutes Ergebnis.
- Während die PDS in Westdeutschland seit 1990 auf keinerlei Resonanz in der Wählerschaft stößt, gelingt es ihr in den neuen Bundesländern, ihre Wähleranteile von 10 Prozent im Jahre 1991 auf 24 Prozent im Jahre 1998 auszubauen. Im Frühjahr 2001 erzielt sie allerdings nur noch 17 Prozent der Stimmen. Inwieweit diese momentane Schwäche einen Abwärtstrend ankündigt, bleibt abzuwarten.
- Das Wiedererstarren der Union zwischen 1998 und 2001 manifestiert sich besonders bei den 18- bis 24- und den 25- bis 34-jährigen Wählern. In beiden Altersgruppen erreicht die Union derzeit die besten Ergebnisse seit 1990. Bei den 18- bis 24-jährigen hat sie momentan mit 51 Prozent der Stimmen mehr Rückhalt als SPD und Bündnisgrüne zusammen. Bei den 25- bis 34-jährigen Wählern liegt die CDU/CSU mit 38 Prozent um 7 Prozentpunkte vor der SPD. Diese Ergebnisse bestätigen den bereits bei den zurückliegenden Landtagswahlen sichtbaren Bewegungstrend der jüngsten Wählergeneration in Richtung

---

<sup>1</sup> Dieser Studie liegen verschiedene repräsentative Meinungsumfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung von 9/1990, 6/1991, 11/1993, 11/1994, 4/1995, 9/1996, 9/1997, 4/1998 und 5/2001 mit jeweils mindestens 1.500 Befragten zugrunde.

CDU/CSU und FDP. Auch die PDS kann Jungwähler kaum mehr für sich mobilisieren, was mittelfristig zu einer deutlichen Schwächung der Partei führen dürfte.

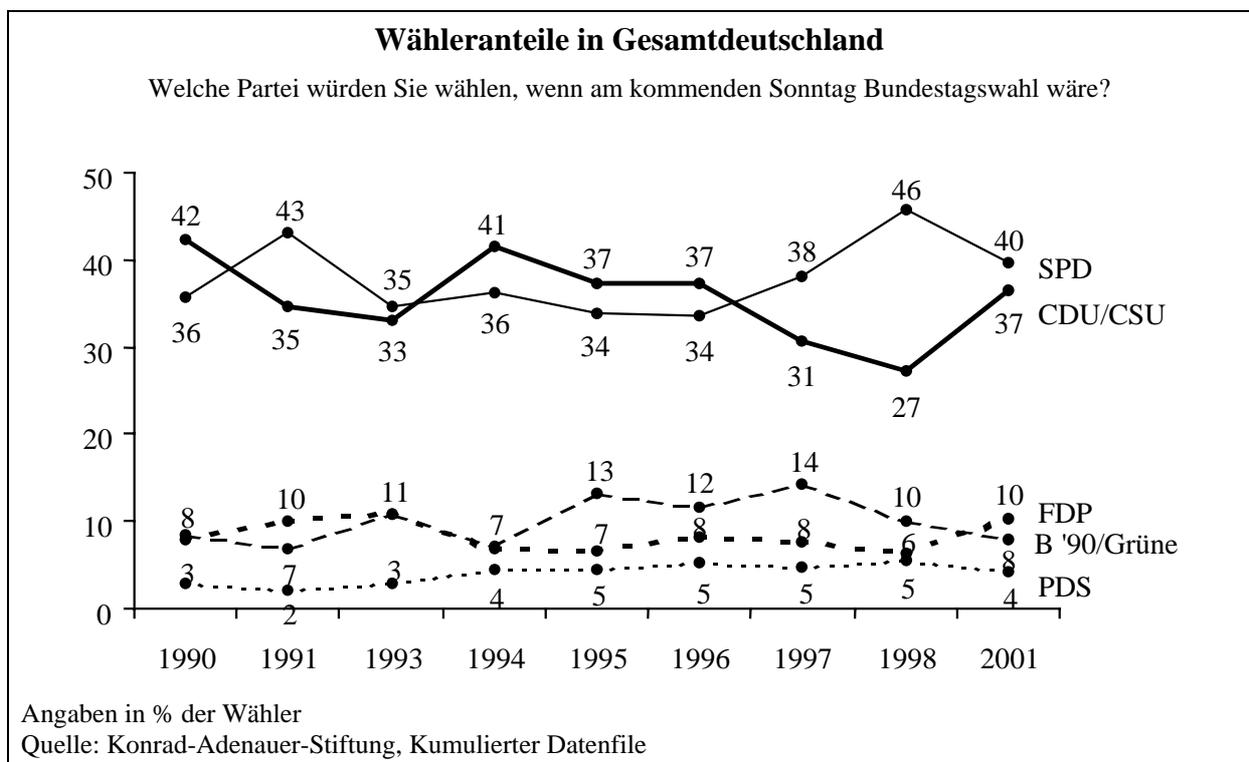
- Mobilisierungsprobleme hat die Union demgegenüber immer noch im Segment der 35- bis 59-jährigen Wähler, wo die SPD überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Sehr gut schneiden die Sozialdemokraten inzwischen auch bei den Wählern ab 60 Jahren ab. Bei den Wahlen 1990 und 1994 lag der Unionsanteil in dieser Wählergruppe noch bei über 50 Prozent; derzeit erreichen CDU/CSU hier jedoch nur 38 Prozent.
- Das Gesamtwählerpotential der CDU/CSU liegt im Frühjahr 2001 bei 51 Prozent der Wahlberechtigten und damit nur knapp unter dem Gesamtpotential der SPD (54 Prozent). Damit ist das Unionspotential seit 1998 um 8 Punkte angestiegen, während das SPD-Potential um 2 Punkte gesunken ist. Die Stammwählerschaften als Bestandteile der Gesamtwählerpotentiale sind bei beiden Volksparteien in den letzten Jahren drastisch geschrumpft. Die CDU/CSU kann derzeit auf 10 Prozent der Wahlberechtigten als Stammwähler bauen. Nur noch 8 Prozent der Wahlberechtigten sind Stammwähler der SPD. Über sichere strukturelle Mehrheiten verfügt derzeit weder die SPD noch die Union.
- Diese strategische Unsicherheit manifestiert sich auch in der Tatsache, dass sich derzeit etwa ein Viertel der Wahlberechtigten bei der auf den nächsten Sonntag bezogenen Wahlabsicht für keine der Parteien aussprechen. In Ostdeutschland ist dieser Anteil sogar noch größer (31 Prozent) als im Westen (24 Prozent). Da dieses Unsicherheitspotential noch deutlich höher ausfallen dürfte, wenn man nach der Wahlabsicht in Bezug auf die tatsächliche Bundestagswahl im Herbst 2002 fragt, und da die Union nur knapp hinter der SPD liegt, ist der Ausgang der nächsten Bundestagswahl noch völlig offen. Diese Einschätzung wird durch den Umstand bestätigt, dass sich derzeit nur knapp die Hälfte aller Wahlberechtigten mit einer Partei identifizieren. In Ostdeutschland sind momentan 58 Prozent der Wahlberechtigten ohne Parteiidentifikation, im Westen sind es 44 Prozent. Diese Werte sind die höchsten seit 1990.
- Im Zeitvergleich wichtiger politischer Themen zeigt sich insbesondere zwischen 1998 und 2001 ein prägnanter Rückgang der Problemwahrnehmung. In allen Bereichen sinkt das Dringlichkeitsniveau deutlich ab. Das Top-Thema Arbeitslosigkeit steht auch in diesem Jahr noch an der Spitze der wichtigsten Probleme. Dennoch ist der Anteil der Bürger, die dieses Thema als „sehr wichtig“ beurteilen in den letzten drei Jahren von 92 auf 76 Prozent zurückgegangen. Die Problemwahrnehmung war hier vor allem zwischen 1996 und 1998 angestiegen. Dieser Problemanstieg in der zweiten Hälfte der 90er Jahre und auch der Rückgang bis 2001 macht sich ebenfalls bei den anderen drei Top-Themen Renten- und Wirtschaftspolitik sowie Innere Sicherheit bemerkbar. Demgegenüber nimmt das

Thema Umweltschutz seit 1990 kontinuierlich in seiner Bedeutung ab. 1990 war es noch Nummer 2 der Prioritätenrangliste; nun kommt es lediglich auf den fünften Rang.

- Ebenso wie bei der Wahlabsicht und der Parteisympathie hat sich die Union bei den wahrgenommenen Problemlösungskompetenzen von ihrem 1998er Tief erholt. Sie hat in drei Feldern die Kompetenzführerschaft inne: bei der Sicherung einer guten Wirtschaftslage, dem Verbrechenschutz und der Einschränkung des Ausländerzuzugs. Die SPD gilt demgegenüber in den beiden wichtigsten politischen Themenbereichen - Arbeitslosigkeit und Rentensicherung - als die kompetentere Partei. Gleiches gilt für die Familienpolitik, den Schuldenabbau sowie die Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland. Vielfach kann sie bei dieser Einschätzung von ihrer Rolle als Regierungspartei profitieren. Trotz ihrer Kompetenzführerschaft in vielen Bereichen zeichnen sich für die Sozialdemokraten seit 1998 starke Vertrauensverluste in ihre Problemlösungsfähigkeit ab - vor allem in den neuen Ländern.
- Das Kompetenzprofil der PDS bewegt sich nach wie vor auf einem niedrigen Niveau. Im Westen wird die PDS praktisch gar nicht wahrgenommen. Im Osten erreicht sie in keinem Themenfeld die Kompetenzführerschaft. Die Anteile ihrer Kompetenzzuweisungen liegen häufig unter ihren Anteilen in der Wählerschaft. D.h. nicht einmal alle ihrer Wähler sprechen der PDS eine Lösungskompetenz zu. Lediglich in drei der hier gemessenen Problemfelder wird ihr im Osten eine nennenswerte Kompetenz zugesprochen: bei der Sicherung der Arbeitsplätze (10 Prozent), der Familienpolitik (16 Prozent) und der Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse in Ost und West (22 Prozent).

## 1. Wähleranteile

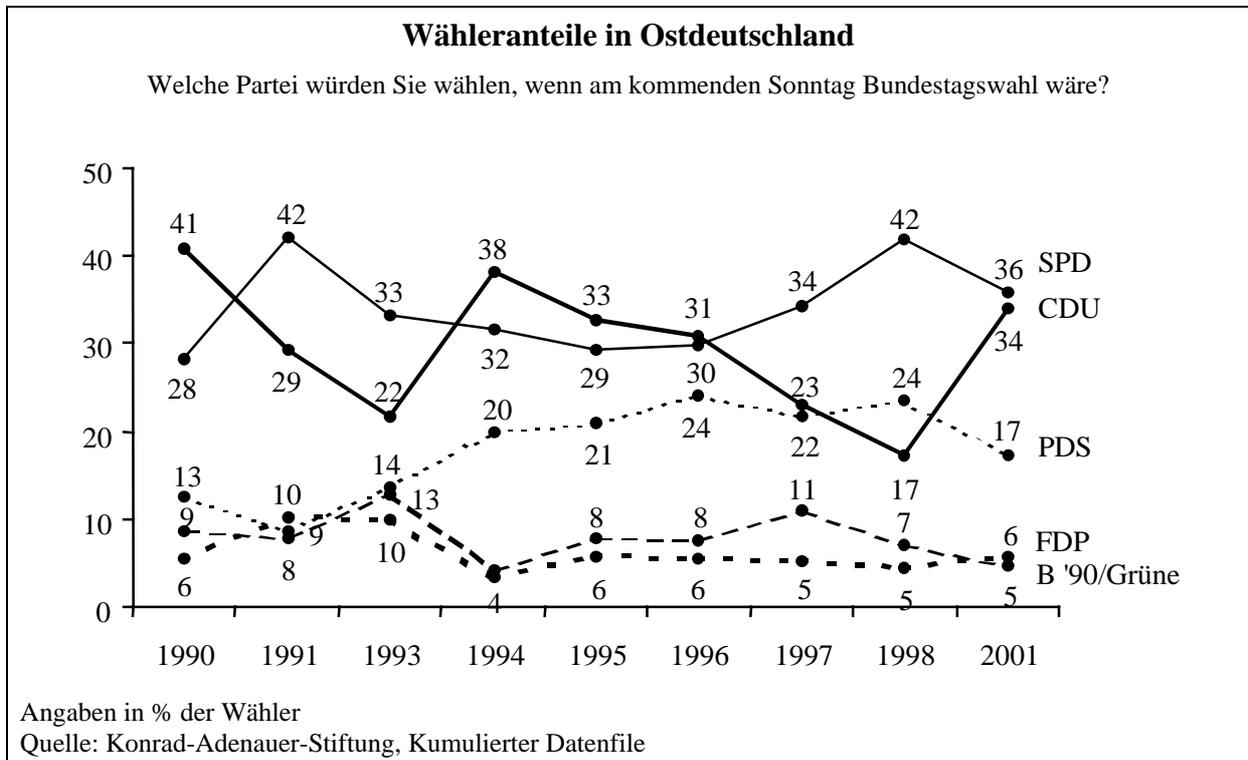
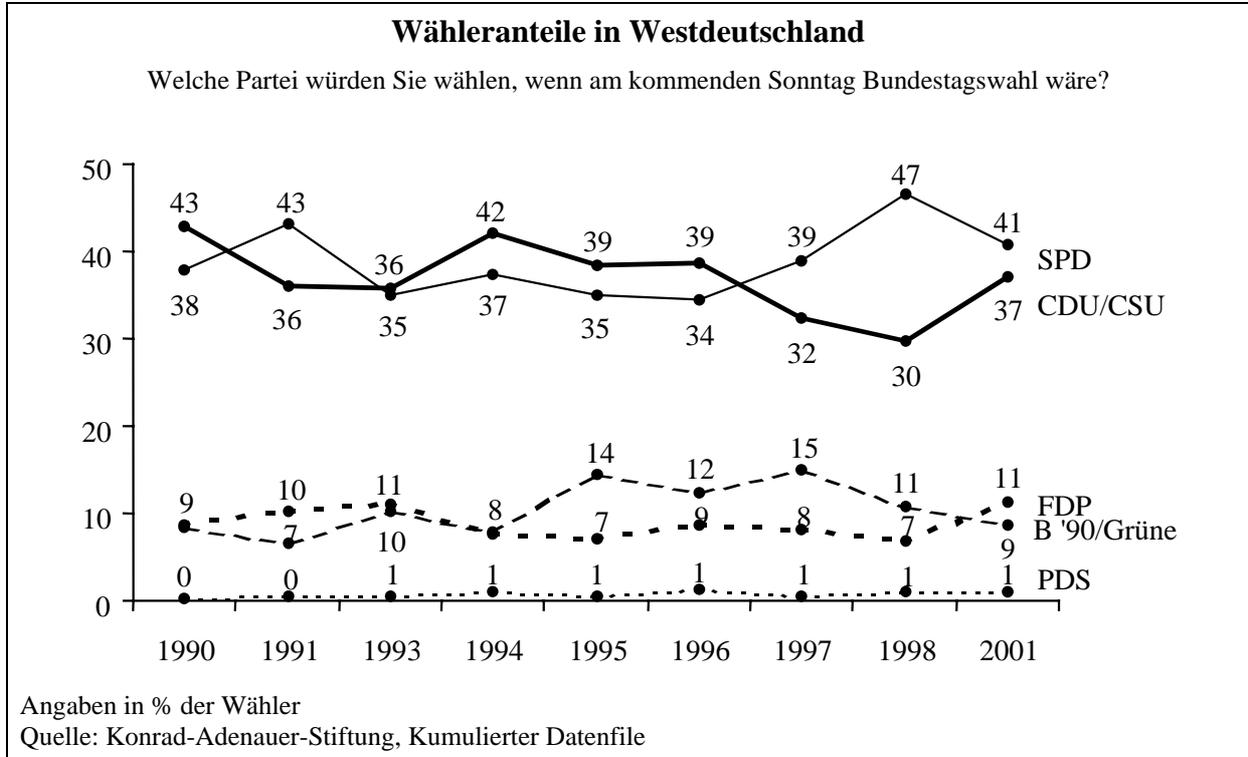
Die Betrachtung der Wähleranteile im Längsschnitt macht deutlich, dass die Union ihr Stimmungstief, in das sie in den Jahren 1997 und 1998 geraten war, inzwischen überwunden hat. Sie erreicht 2001 mit 37 Prozent der Stimmen in etwa das Niveau von 1995 und 1996. Umgekehrt fällt die SPD in den letzten drei Jahren zurück, nachdem sie im Frühjahr 1998 - zum Zeitpunkt der Nominierung Gerhard Schröders zum SPD-Kanzlerkandidaten - eine extreme Positivstimmung in der Bevölkerung für sich verbuchen konnte. Ihr aktueller Wert von 40 Prozent bleibt allerdings im Zeitvergleich ein gutes Ergebnis.



Das Bündnis 90/Die Grünen erlebte sein Stimmungshoch in den Jahren 1995 bis 1997. Seitdem muss die Partei deutliche Einbußen hinnehmen. Zwischen 1997 und 2001 fällt sie von 14 auf 8 Prozent der Wählerstimmen ab. Demgegenüber kann sich die FDP zwischen 1998 und 2001 auf ein zweistelliges Ergebnis von 10 Prozent steigern. Einen solchen Wert erreichte sie zuletzt in den Jahren 1991 und 1993. Die PDS erzielt im gesamten Bundesgebiet relativ konstant zwischen 3 und 5 Prozent der Stimmen.

Von den Wähleranteilen im gesamten Bundesgebiet weichen die Anteile in Westdeutschland naturgemäß nur wenig ab. Auffällig ist, dass die PDS zu keiner Zeit auf Resonanz in der

westdeutschen Bevölkerung stößt. Ihr Wähleranteil liegt in den alten Bundesländern konstant zwischen 0 und 1 Prozent.



Umgekehrt gelingt es der PDS in Ostdeutschland, ihre Wähleranteile von 10 Prozent im Jahre 1991 auf 24 Prozent im Jahre 1998 auszubauen. Inwieweit die diesjährige Schwäche der PDS mit 17 Prozent einen Abwärtstrend ankündigt, bleibt abzuwarten. Auch die SPD muss seit 1998 deutliche Verluste in Ostdeutschland hinnehmen: sie sinkt von 42 auf 36 Prozent. Demgegenüber gewinnt die Union parallel zum Stimmenrückgang für PDS und SPD in den letzten drei Jahren stark an Unterstützung hinzu. Alles in allem fällt auf, dass im Meinungsbild der ostdeutschen Bevölkerung nach wie vor ein anderes Parteiensystem präsent ist als im Westen. Während die PDS als dritte Kraft hinter SPD und CDU etabliert ist, schneiden die Bündnisgrünen und die FDP sehr schwach ab.

Die Wähleranteile der Union in einzelnen Bevölkerungsgruppen verändern sich zwischen 1990 und 2001 mehrfach in verschiedene Richtungen. In allen Bevölkerungsteilen machen

---

**CDU/CSU-Wähleranteile in einzelnen Bevölkerungsgruppen\***

---

|                       | 1990 | 1991 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 2001 |
|-----------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
|                       | %    | %    | %    | %    | %    | %    | %    | %    | %    |
| Gesamt                | 42   | 33   | 34   | 41   | 37   | 37   | 31   | 27   | 37   |
| West                  | 43   | 36   | 36   | 42   | 39   | 39   | 32   | 30   | 37   |
| Ost                   | 41   | 24   | 24   | 38   | 33   | 31   | 23   | 17   | 34   |
| Männer                | 42   | 32   | 31   | 40   | 39   | 38   | 29   | 25   | 39   |
| Frauen                | 43   | 35   | 36   | 42   | 36   | 37   | 33   | 29   | 35   |
| 18-24 Jahre           | 32   | 22   | 25   | 34   | 33   | 30   | 19   | 16   | 51   |
| 25-34 Jahre           | 30   | 28   | 26   | 31   | 25   | 25   | 24   | 20   | 38   |
| 35-44 Jahre           | 37   | 28   | 28   | 33   | 36   | 36   | 21   | 21   | 33   |
| 45-59 Jahre           | 48   | 35   | 38   | 45   | 42   | 40   | 29   | 28   | 31   |
| 60+ Jahre             | 53   | 45   | 42   | 54   | 44   | 46   | 47   | 40   | 38   |
| Arbeiter              | 41   | 27   | 26   | 35   | 35   | 32   | 29   | 17   | 33   |
| Angestellte           | 39   | 29   | 30   | 37   | 36   | 37   | 27   | 25   | 34   |
| Beamte                | 33   | 40   | 31   | 32   | 34   | 33   | 39   | 32   | 34   |
| Selbständige          | 42   | 46   | 41   | 51   | 51   | 54   | 32   | 34   | 35   |
| Arbeitslose           | 33   | 21   | 13   | 32   | 31   | 20   | 16   | 17   | 35   |
| Ausbildung/Schule/Uni | 28   | 14   | 23   | 34   | 26   | 23   | 14   | 11   | 48   |
| Hausfrauen/-männer    | 47   | 38   | 47   | 44   | 48   | 38   | 26   | 32   | 29   |
| Rentner/Pensionäre    | 53   | 43   | 40   | 52   | 49   | 44   | 43   | 37   | 42   |
| Katholisch            | 53   | 45   | 43   | 54   | 50   | 49   | 42   | 42   | 48   |
| Evangelisch           | 40   | 31   | 34   | 38   | 35   | 34   | 31   | 26   | 33   |
| Konfessionslos        | 28   | 17   | 16   | 28   | 23   | 25   | 15   | 12   | 27   |

\*) Reihenprozent

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Kumulierter Datenfile

sich die zwei Stimmungshochs zu den Bundestagswahlen 1990 und 1994 sowie das Stimmungstief in den Jahren 1997 und 1998 bemerkbar. Das Wiedererstarken der Union zwischen 1998 und 2001 manifestiert sich besonders bei den 18- bis 24- und den 25- bis 34-jährigen. In beiden Altersgruppen erreicht die Union derzeit die besten Ergebnisse seit 1990. Auch bei den 35- bis 44-jährigen kommt es zu einer Erholung. Sie fällt aber nicht ganz so stark aus. Bei den Wählern zwischen 45 und 59 Jahren bzw. den Wählern ab 60 zeigen sich nur geringfügige bzw. keine Verbesserungen.

Ein detaillierter Blick auf die aktuellen Wähleranteile in einzelnen Bevölkerungsgruppen zeigt, dass die Union im Frühjahr 2001 von 51 Prozent der 18- bis 24-jährigen Wähler präfe-

### Wähleranteile in einzelnen Bevölkerungsgruppen\*

|                       |       | CDU/CSU<br>% | SPD<br>% | FDP<br>% | Grüne<br>% | PDS<br>% |
|-----------------------|-------|--------------|----------|----------|------------|----------|
| Gesamt                | (100) | 37           | 40       | 10       | 8          | 4        |
| West                  | (80)  | 37           | 41       | 11       | 9          | 1        |
| Ost                   | (20)  | 34           | 36       | 6        | 5          | 17       |
| Männer                | (47)  | 39           | 37       | 10       | 8          | 5        |
| Frauen                | (53)  | 35           | 43       | 10       | 8          | 4        |
| 18-24 Jahre           | (9)   | 51           | 31       | 6        | 10         | 1        |
| 25-34 Jahre           | (18)  | 38           | 31       | 12       | 13         | 4        |
| 35-44 Jahre           | (20)  | 33           | 39       | 9        | 11         | 5        |
| 45-59 Jahre           | (23)  | 31           | 45       | 10       | 8          | 5        |
| 60+ Jahre             | (30)  | 38           | 43       | 12       | 3          | 3        |
| Arbeiter              | (13)  | 33           | 38       | 4        | 8          | 10       |
| Angestellte           | (30)  | 34           | 41       | 13       | 9          | 3        |
| Beamte                | (4)   | 34           | 47       | 5        | 8          | 3        |
| Selbständige          | (7)   | 35           | 33       | 18       | 11         | 3        |
| Arbeitslose           | (3)   | 35           | 35       | 4        | 4          | 17       |
| Ausbildung/Schule/Uni | (8)   | 48           | 24       | 10       | 14         | 2        |
| Hausfrauen/-männer    | (7)   | 29           | 45       | 9        | 17         | 0        |
| Rentner/Pensionäre    | (27)  | 42           | 43       | 9        | 3          | 4        |
| Katholisch            | (34)  | 48           | 33       | 10       | 7          | 1        |
| Evangelisch           | (34)  | 33           | 44       | 15       | 6          | 0        |
| Konfessionslos        | (28)  | 27           | 43       | 5        | 10         | 12       |

\*) Reihenprozent; Zahlen in Klammern = Anteil der Bevölkerungsgruppe an den Wahlberechtigten  
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Mai 2001

riert wird. Sie erreicht in diesem Wählersegment mehr Stimmen als SPD und Bündnisgrüne zusammen. Bei den 25- bis 34-jährigen Wählern liegt die CDU/CSU mit 38 Prozent um 7 Prozentpunkte vor der SPD. Diese Ergebnisse bestätigen den bereits bei den zurückliegen-

den Landtagswahlen sichtbaren Bewegungstrend der jüngsten Wählergeneration in Richtung CDU/CSU und FDP. Auch die PDS kann Jungwähler kaum mehr für sich mobilisieren, was mittelfristig zu einer deutlichen Schwächung führen dürfte.

Mobilisierungsprobleme hat die Union demgegenüber immer noch im Segment der 35- bis 59-jährigen Wähler, wo die SPD überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Sehr gut schneiden die Sozialdemokraten inzwischen auch bei den Wählern ab 60 Jahren ab. Bei den Wahlen 1990 und 1994 lag der Unionsanteil in dieser Wählergruppe noch bei über 50 Prozent; derzeit erreichen CDU/CSU hier jedoch nur 38 Prozent. Mit einem Bevölkerungsanteil von 30 Prozent ist die Altersgruppe ab 60 Jahre für Wahlerfolge von großer Bedeutung.

Im Frühjahr 2001 erklären sich 10 Prozent der Wahlberechtigten zu Nichtwählern, weitere 13 Prozent können sich für keine Partei entscheiden und 3 Prozent verweigern die Antwort. Damit sprechen sich derzeit etwa ein Viertel der Wahlberechtigten bei der auf den nächsten Sonntag bezogenen Wahlabsicht für keine der Parteien aus. In Ostdeutschland ist dieser Anteil sogar noch größer (31 Prozent) als im Westen (24 Prozent). Würde man die Wahlabsicht nicht auf den nächsten Sonntag, sondern auf die Bundestagswahl im Herbst 2002 beziehen, wäre das Unsicherheitspotential noch einmal größer. Aufgrund der Erfahrungen aus anderen Umfragen kann es auf ein Drittel bis die Hälfte der Wahlberechtigten geschätzt werden. Dies wird auch durch die Tatsache bestätigt, dass sich derzeit nur knapp die Hälfte der Wahlberechtigten mit einer Partei identifizieren (s.u.). Angesichts des hohen Unsicherheitspotentials in der Wahlbevölkerung und der Tatsache, dass die CDU/CSU derzeit nur etwa 3 Prozentpunkte hinter der SPD liegt, bleibt festzuhalten, dass der Ausgang der Bundestagswahl 2002 noch völlig offen ist.

## 2. Wählerpotentiale

Für die Bewertung der Stärke der Parteien spielt nicht nur die Sonntagsfrage eine Rolle. Bedeutsam ist ebenfalls die Betrachtung der Gesamtpotentiale, über welche die Parteien in der Bevölkerung verfügen. Das Gesamtwählerpotential einer Partei setzt sich zusammen aus den Stammwählern einer Partei, aus den übrigen Wählern der Partei sowie aus Erreichbaren, die die Partei aktuell zwar nicht wählen würden, aber dennoch mit ihr sympathisieren.

Die Union verfügt im Mai 2001 über ein Gesamtwählerpotential von 51 Prozent der Wahlberechtigten. Die SPD liegt mit 54 Prozent nur knapp darüber. Die Stammwählerschaften der beiden Volksparteien sind in den letzten Jahren drastisch geschrumpft. Die CDU/CSU kann im Frühjahr 2001 auf 10 Prozent der Wahlberechtigten als Stammwähler bauen. Die SPD hatte im Wahljahr 1998 einen situationsbedingten Hochpunkt erreicht. Nun ist sie unter ihr Niveau von 1996 und 1997 gefallen; nur noch 8 Prozent der Wahlberechtigten sprechen sich als SPD-Stammwähler aus. Für beide Parteien wird es in Zukunft neben der Mobilisierung der Stammwähler immer mehr darum gehen, übrige Wähler bei der Partei zu halten und möglichst viele der Erreichbaren auf ihre Seite zu ziehen.

| <b>Wählerpotentiale</b>        |      |      |      |      |      |      |      |      |
|--------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|
|                                | 1990 | 1991 | 1993 | 1994 | 1996 | 1997 | 1998 | 2001 |
|                                | %    | %    | %    | %    | %    | %    | %    | %    |
| CDU/CSU-Gesamtpotential        | 55   | 50   | 49   | 56   | 51   | 48   | 43   | 51   |
| CDU/CSU-Stammwähler            | 19   | 16   | 16   | 20   | 16   | 13   | 12   | 10   |
| übrige CDU/CSU-Wähler          | 13   | 10   | 10   | 13   | 8    | 11   | 9    | 17   |
| Erreichbare                    | 22   | 24   | 23   | 23   | 27   | 24   | 22   | 24   |
| SPD-Gesamtpotential            | 46   | 53   | 52   | 48   | 50   | 53   | 56   | 54   |
| SPD-Stammwähler                | 13   | 14   | 13   | 14   | 11   | 10   | 16   | 8    |
| übrige SPD-Wähler              | 14   | 16   | 16   | 15   | 11   | 19   | 20   | 22   |
| Erreichbare                    | 19   | 22   | 24   | 19   | 28   | 24   | 20   | 24   |
| FDP-Gesamtpotential            | 18   | 26   | 25   | 14   | 19   | 17   | 13   | 22   |
| Bündnis 90/Die Grünen-Gesamtp. | 20   | 23   | 28   | 22   | 31   | 32   | 21   | 21   |
| PDS-Gesamtpotential            | 6    | 8    | 10   | 9    | 13   | 11   | 12   | 13   |
| Rechtsextremes Gesamtpotential | 4    | 8    | 9    | 4    | 8    | 7    | 7    | 6    |

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Kumulierter Datenfile

Der Großteil der für die Union Erreichbaren votiert bei der Sonntagsfrage im Frühjahr 2001 für keine der Parteien: Insgesamt 53 Prozent der Erreichbaren geben sich als Nichtwähler (21 Prozent) oder Unentschlossene (28 Prozent) aus bzw. geben keine Antwort (4 Prozent).

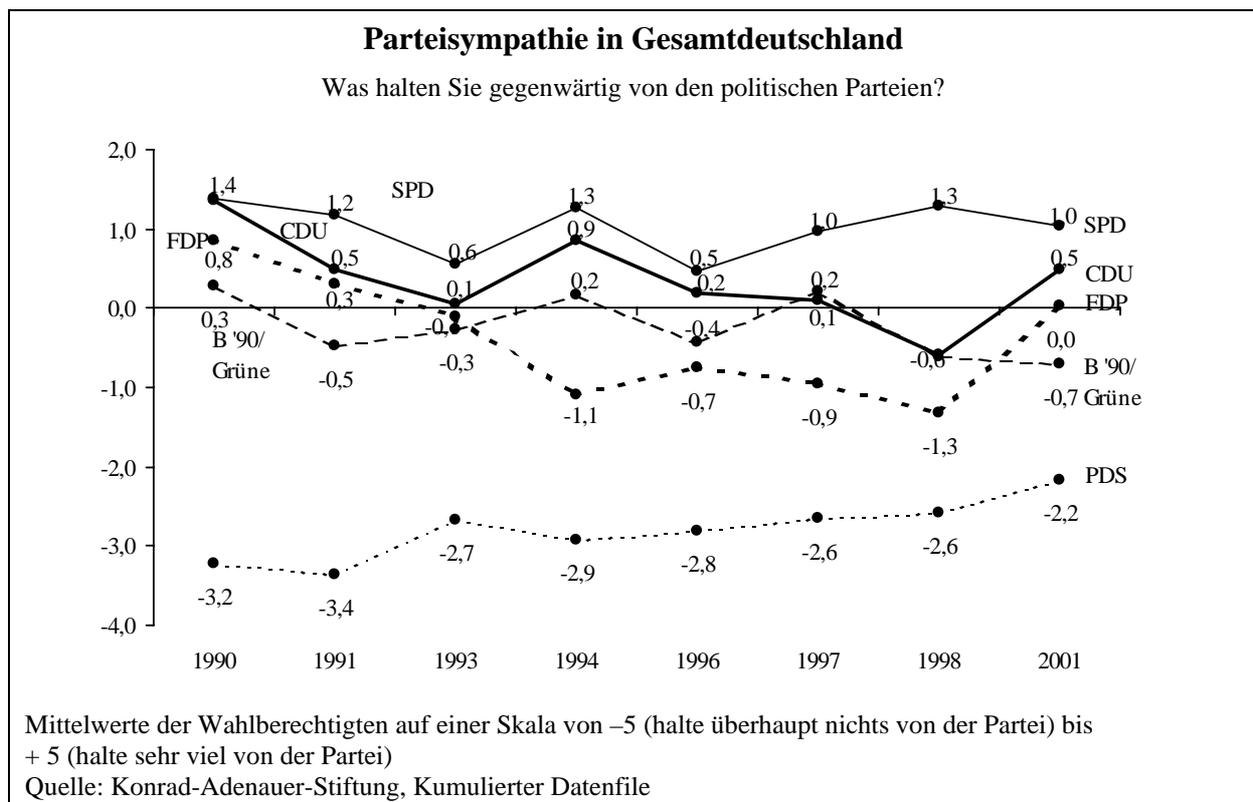
Daneben entscheiden sich 28 Prozent der für die Union Erreichbaren derzeit für die Sozialdemokraten und 13 Prozent für die FDP. Eine Mobilisierung zugunsten der Union sollte einerseits bei denjenigen Erreichbaren besonders gut möglich sein, die sich als Nichtwähler und Unentschlossene bezeichnen; andererseits bei den Erreichbaren, die momentan für die FDP votieren.

Unter den erreichbaren Nichtwählern und Unentschlossenen findet man überdurchschnittlich viele Personen aus den Altersklassen 18 bis 24 Jahre und 35 bis 44 Jahre. Insgesamt sind Frauen überrepräsentiert, vor allem in der Gruppe der 35- bis 44-jährigen. Diese sind häufig Angestellte oder Hausfrauen und leben in kinderreichen Familien. Bei den Männern findet man unter den 18- bis 24-jährigen vor allem Arbeiter und Personen in Ausbildung; bei den 35-bis 44-jährigen Arbeiter, Angestellte sowie Selbständige.

Bei den erreichbaren FDP-Wählern handelt es sich in erster Linie um Männer ab 35 Jahren und Frauen ab 45 Jahren. Die Männer sind Angestellte und sehr häufig Selbständige; die Frauen arbeiten ebenfalls vielfach als Angestellte, zum Teil auch als Selbständige.

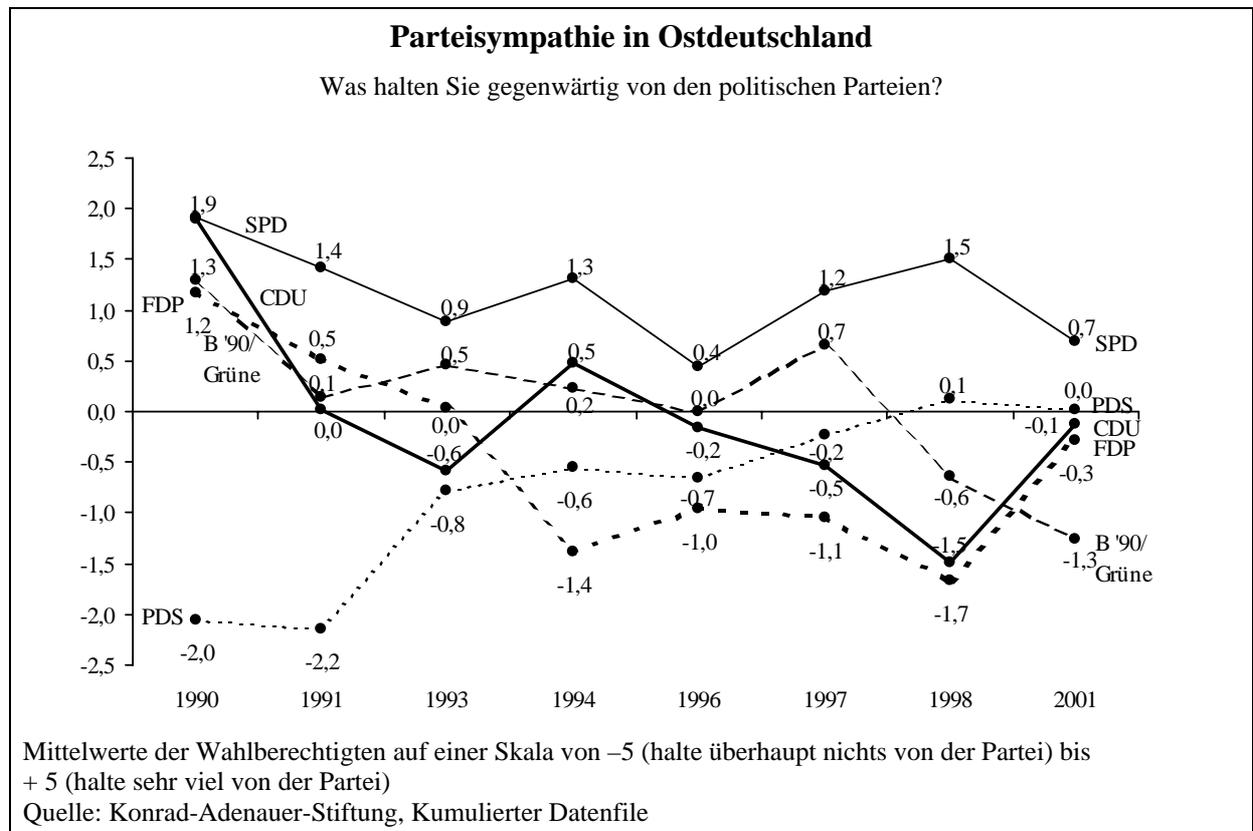
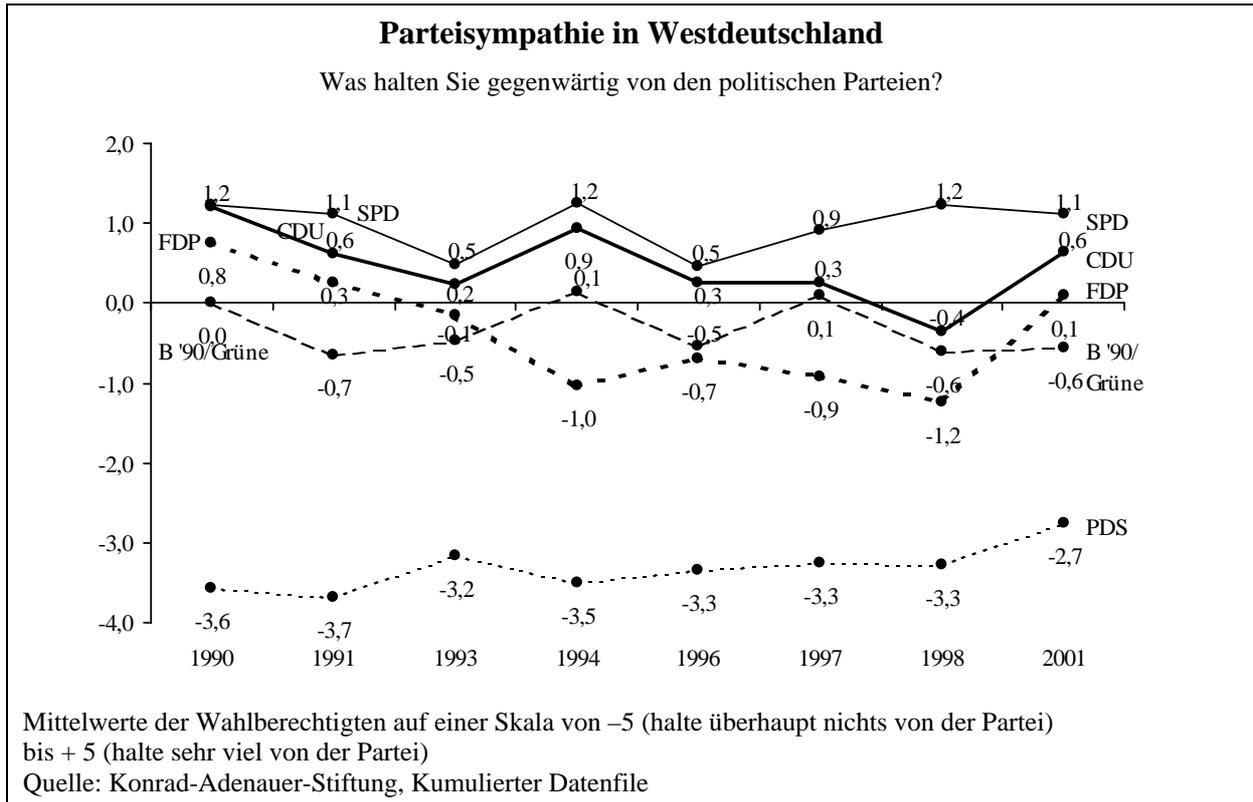
### 3. Parteisympathie

Obwohl die Union bei der Sonntagsfrage und auch im tatsächlichen Wahlverhalten zwischen 1990 und 2001 häufig die führende Partei war, liegt sie auf der von -5 bis +5 reichenden Sympathieskala mit Ausnahme des Jahres 1990 durchweg hinter der SPD. Die Entwicklung der Sympathiekurve verdeutlicht abermals, dass sich die Union von ihrem Stimmungstief im Frühjahr 1998 erholt hat. Im Mai 2001 liegt sie mit einem Durchschnittswert von 0,5 deutlich näher an der führenden SPD als 1997 oder 1998.



Ebenfalls erholt haben sich die Liberalen, die gemeinsam mit der Union im Frühjahr 1998 einen Tiefpunkt erreicht hatten. Umgekehrt verschlechtert sich das Bündnis 90/Die Grünen von 0,1 im Jahre 1997 auf derzeit -0,7.

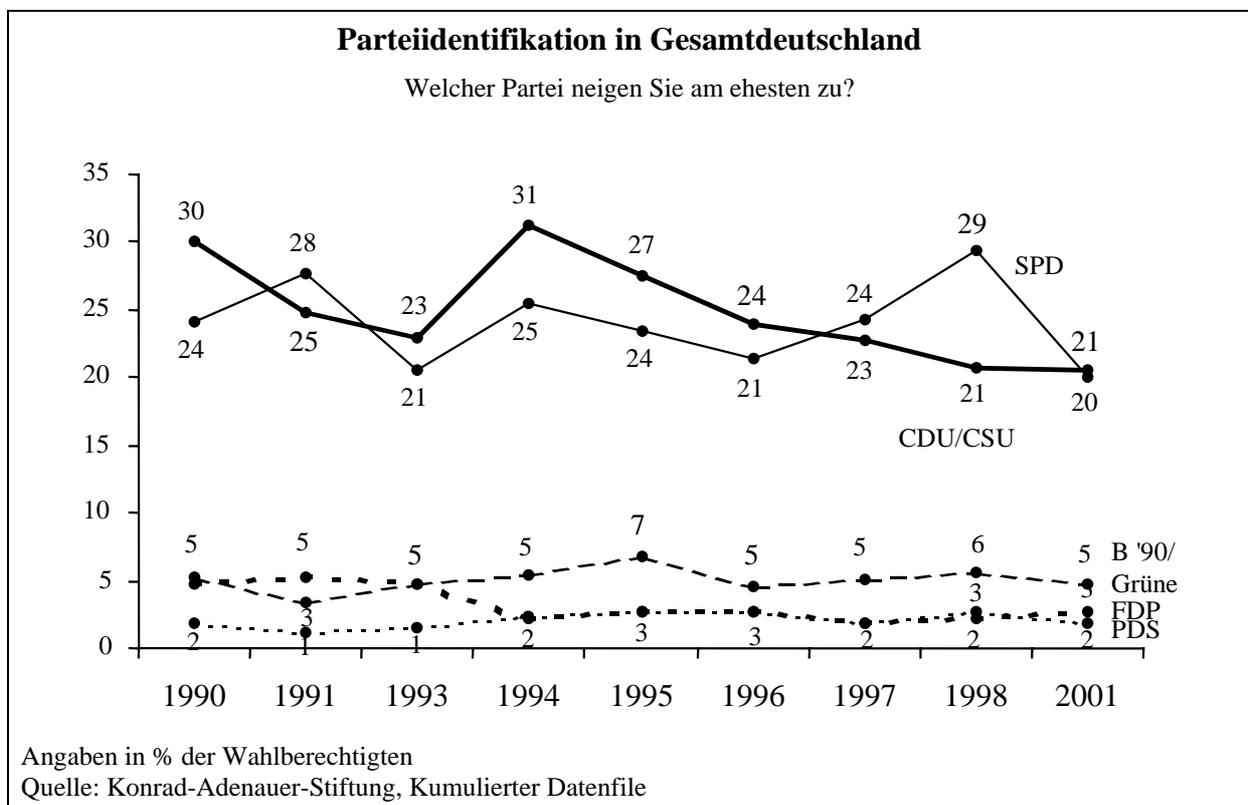
Bemerkenswert ist die langsame, aber kontinuierliche Aufwärtsbewegung der PDS. Ihr Durchschnittswert steigt von -3,4 im Jahre 1991 auf nunmehr -2,2. Der Positivtrend für die SED-Nachfolgepartei macht sich sowohl in Westdeutschland, wo sie sich von -3,7 auf -2,7 verbessert, als auch in den neuen Bundesländern bemerkbar. Hier verändert sich ihr Durchschnittswert von -2,2 auf aktuell 0,0.



Die Tatsache, dass die PDS in Ostdeutschland deutlich besser, Union und SPD aber schlechter als in Westdeutschland bewertet werden, verdeutlicht noch einmal, wie gespalten die Bevölkerungsmeinung hinsichtlich des Parteiensystems ist. Generell schwankt die Sympathie in den neuen Bundesländern viel stärker als im Westen, was auf die weniger gefestigten Parteipräferenzen zurückzuführen ist. Die CDU muss zwischen 1994 und 1998 einen rapiden Sympathieverlust hinnehmen, kann sich aber bis 2001 erholen. Umgekehrt verbessert sich die Situation für die SPD zwischen 1996 und 1998, während sie im Laufe ihrer Regierungszeit in den letzten drei Jahren wieder viele Sympathiepunkte eingebüßt hat.

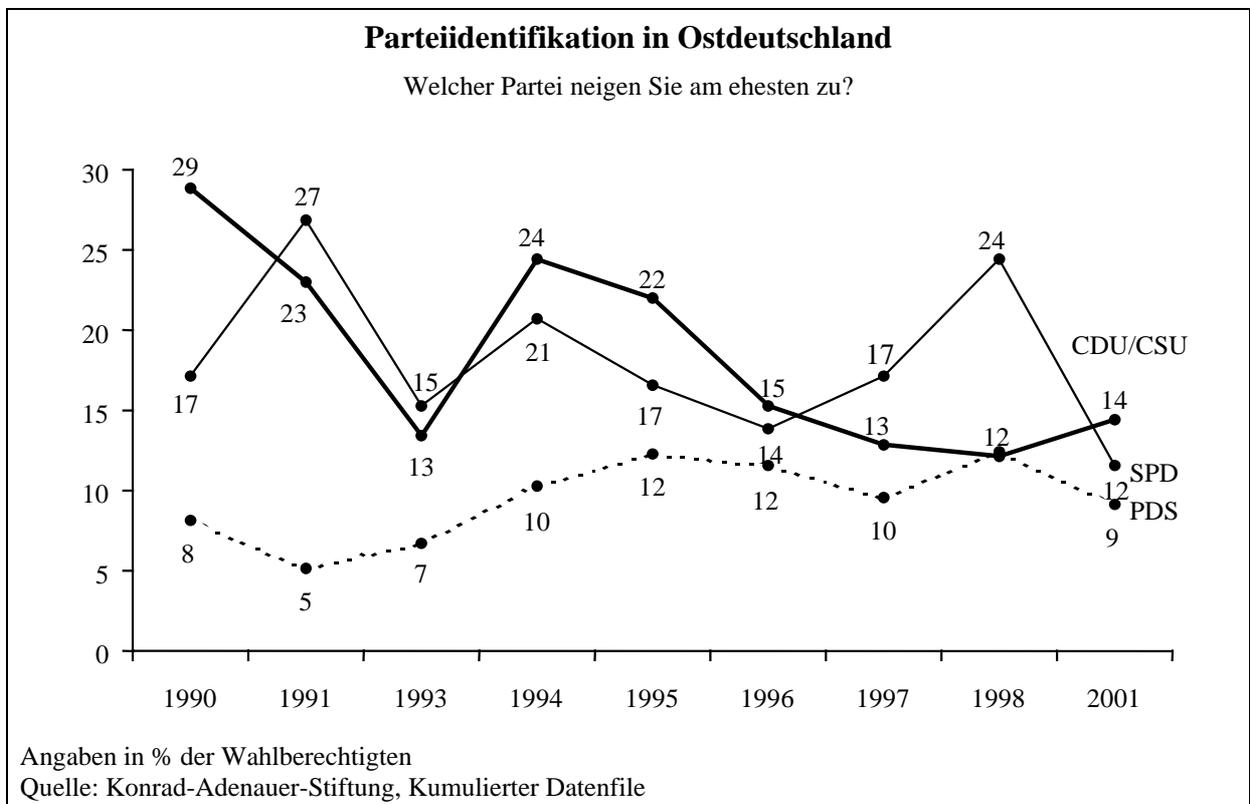
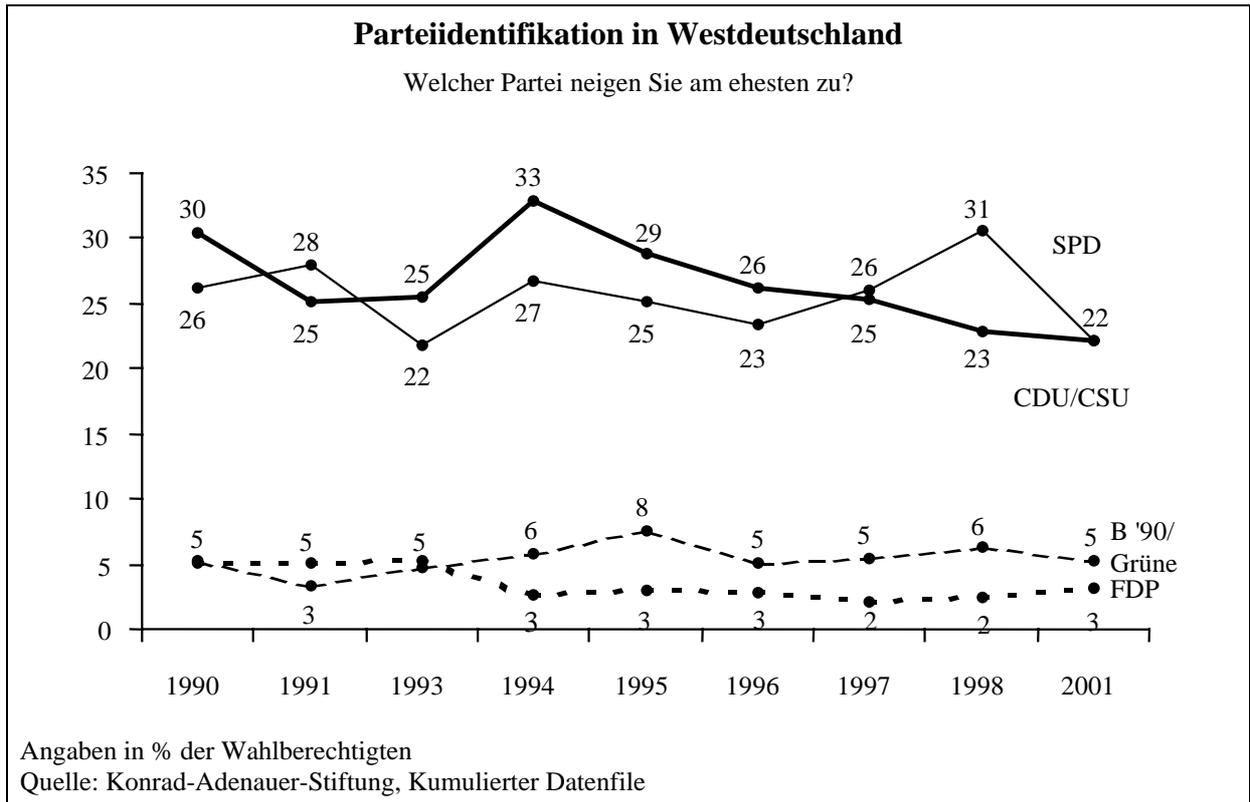
#### 4. Parteiidentifikation

Das grundsätzliche - von vorübergehenden Stimmungen eher unabhängige - Bekenntnis zugunsten einer Partei wird in Bundestagswahljahren zumeist häufiger geäußert als in Zwischenzeiten. Dies zeigt sich 1990 und 1994 insbesondere für die Union: 30 bzw. 31 Prozent der Deutschen identifizieren sich in diesen Jahren mit den Christdemokraten. 1998 ist es dagegen die SPD, mit der sich der größere Teil der Bevölkerung identifiziert. Im Längsschnitt zeigt sich ein Rückgang in der CDU/CSU-Parteieneigung von 31 Prozent im Jahre 1994 auf 21 Prozent im Jahre 1998. Bis 2001 bleibt dieser Wert allerdings konstant. Demgegenüber muss die SPD auch bei der Parteiidentifikation in den letzten drei Jahren massive Einbußen hinnehmen. Aktuell liegt sie sogar einen Punkt hinter der Union.



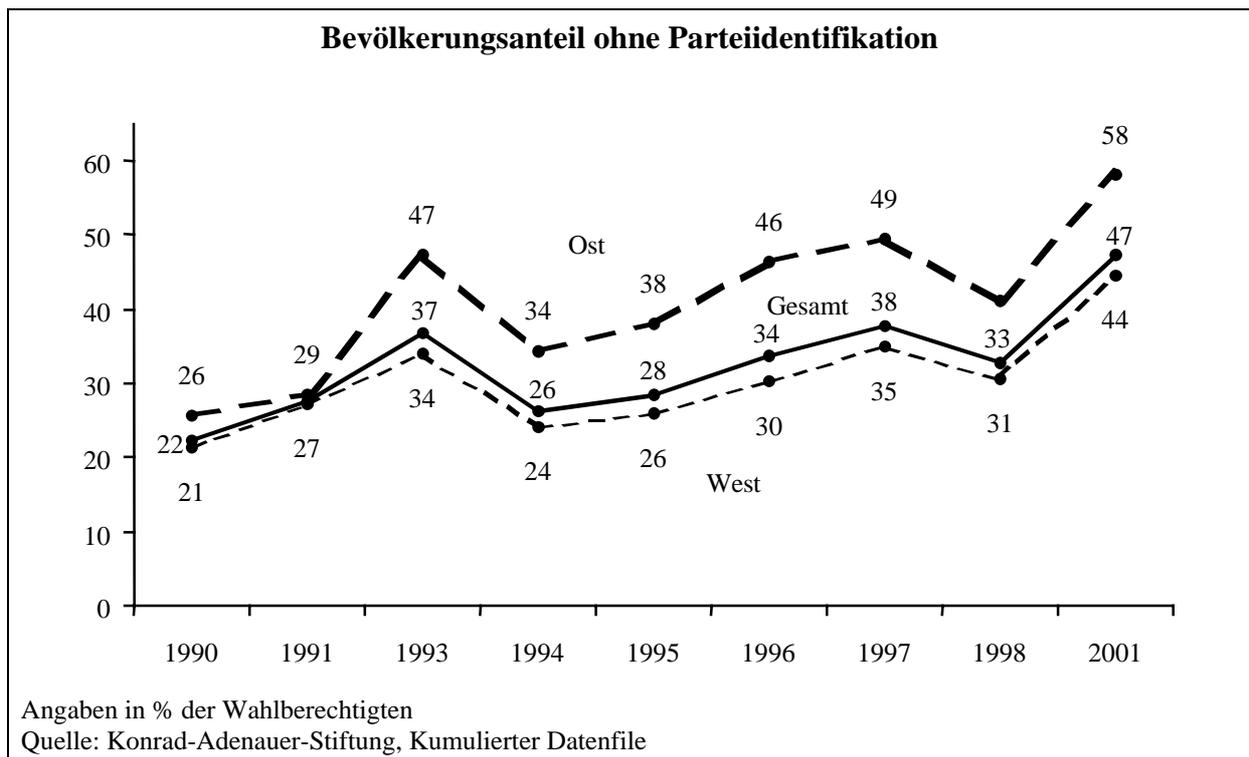
Für die kleinen Parteien ergeben sich kaum Bewegungen in der Parteiidentifikation. Die Bündnisgrünen schwanken zwischen 5 und 7 Prozent, die FDP zwischen 3 und 5 Prozent und die PDS zwischen 1 und 3 Prozent.

In Ostdeutschland zeigt sich - ebenso wie bei der Parteisympathie - eine größere Schwankungsbreite als im Westen. Hier macht sich der Effekt von Wahljahren prägnant bemerkbar.



Auch in Ostdeutschland ist der allmähliche Rückgang in der CDU/CSU-Parteidentifikation zwischen 1994 und 1998 sowie der schnelle Auf- und Abstieg der SPD-Identifikation zwischen 1996 und 2001 zu beobachten. Anders als im Westen kommt es in den neuen Ländern zu einem Anwachsen bei der PDS-Parteidentifikation von 5 Prozent im Jahre 1991 auf 12 Prozent im Jahre 1998. Bis 2001 geht die PDS-Identifikation jedoch wieder auf 9 Prozent zurück.

Für den Osten gilt generell, dass der Anteil derjenigen, die sich mit irgendeiner Partei identifizieren, deutlich geringer ist als in den alten Bundesländern. Im Längsschnitt zeigt sich dabei sowohl im Osten als auch im Westen ein deutlicher Rückgang in der Parteidentifikation. Der Anteil der Bürger ohne Parteidentifikation wächst in Wellenbewegungen - auch hier machen sich die Bundestagswahljahre bemerkbar - im Westen von 21 Prozent im Jahre 1990 auf 44 Prozent im Jahre 2001 an; im Osten verläuft die Parallelbewegung von 26 Prozent auf 58 Prozent. Damit sind derzeit fast die Hälfte der Bundesbürger ohne Parteidentifikation, was selbst für ein Jahr ohne Bundestagswahl ein außerordentlich hoher Wert ist.



## 5. Wichtigkeit politischer Themen

Im Zeitvergleich wichtiger politischer Themen zeigt sich insbesondere zwischen 1998 und 2001 ein prägnanter Rückgang der Problemwahrnehmung. In allen Bereichen sinkt das Dringlichkeitsniveau deutlich ab. Das Top-Thema Arbeitslosigkeit steht auch in diesem Jahr noch an der Spitze der wichtigsten Probleme. Dennoch ist der Anteil der Bürger, die dieses Thema als „sehr wichtig“ beurteilen, in den letzten drei Jahren von 92 auf 76 Prozent zurückgegangen. Die Problemwahrnehmung war hier vor allem zwischen 1996 und 1998 angestiegen.

### Wichtigkeit politischer Themen\*

Bitte sagen Sie mir zu jeder Aufgabe, wie wichtig Ihnen diese zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist: sehr wichtig, ziemlich wichtig, weniger wichtig oder unwichtig?

|                                   | 1990 | 1991 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 2001 |
|-----------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
|                                   | %    | %    | %    | %    | %    | %    | %    | %    | %    |
| Arbeitsplätze sichern             | 79   | 81   | 80   | 84   | 80   | 82   | 89   | 92   | 76   |
| Renten sichern                    | 75   | 72   | 76   | 75   | 70   | 79   | 79   | 78   | 66   |
| Gute Wirtschaftslage sichern      | 71   | 74   | 67   | 77   | 64   | 76   | 78   | 79   | 63   |
| Bürger vor Verbrechen schützen    | 67   | 59   | 65   | 68   | 60   | 67   | 73   | 68   | 59   |
| Für Umweltschutz sorgen           | 77   | 72   | 70   | 65   | 62   | 62   | 62   | 61   | 55   |
| Mehr für Familien mit Kindern tun | 63   | 55   | 53   | 64   | 49   | 55   | 60   | 60   | 51   |
| Staatsverschuldung verringern     |      |      |      | 58   | 50   | 63   | 66   | 65   | 45   |
| Einheitl. Lebensverhält. Ost/West |      |      |      | 47   | 38   | 41   | 42   | 46   | 41   |
| Ausländerzuzug einschränken       | 46   | 54   | 36   | 36   | 42   | 47   | 44   | 50   | 21   |

\*) Anteile „sehr wichtig“

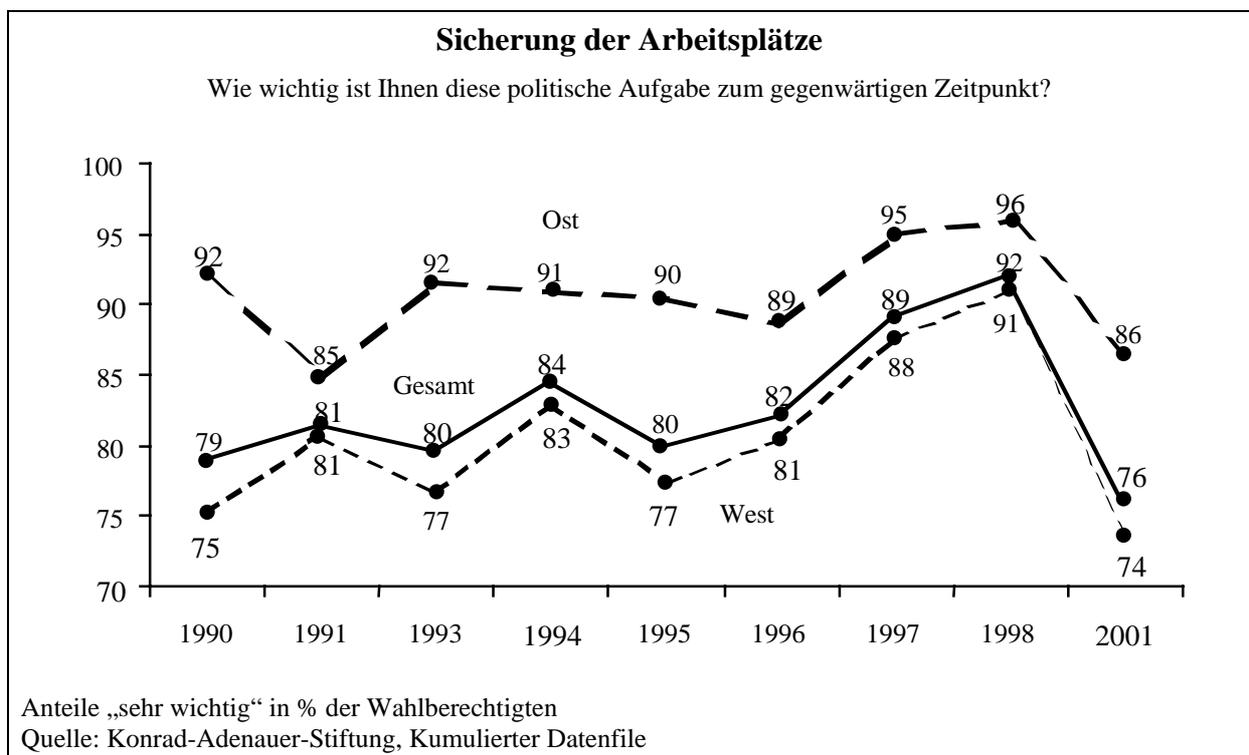
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Kumulierter Datenfile

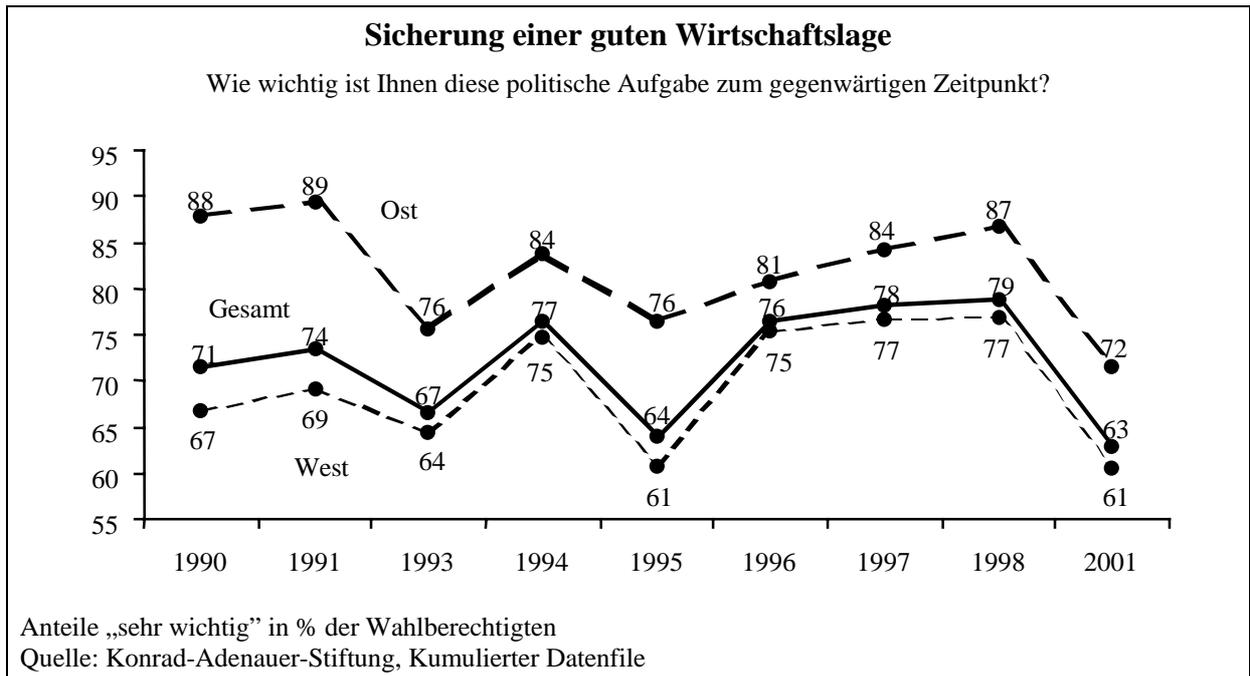
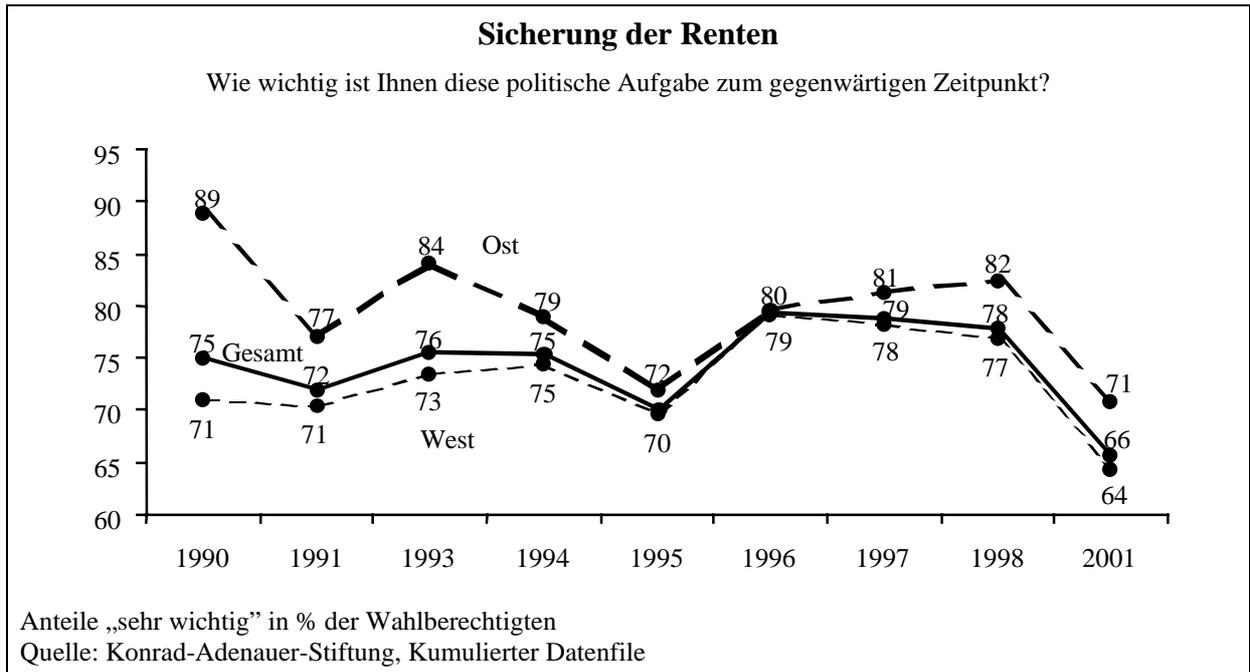
Dieser Problemanstieg zwischen 1996 und 1998 und auch der Rückgang bis 2001 macht sich ebenfalls bei den anderen drei Top-Themen Renten- und Wirtschaftspolitik sowie Innere Sicherheit bemerkbar. In allen drei Bereichen kommt es 1996 bis 1998 zu einem Dringlichkeitsanstieg, während in den letzten drei Jahren die Problemwahrnehmung rückläufig war. Demgegenüber nimmt das Thema Umweltschutz seit 1990 kontinuierlich in seiner Bedeutung ab. 1990 war es mit 77 Prozent noch Nummer 2 der Prioritätenrangliste; nun kommt es mit 55 Prozent lediglich auf den fünften Rang.

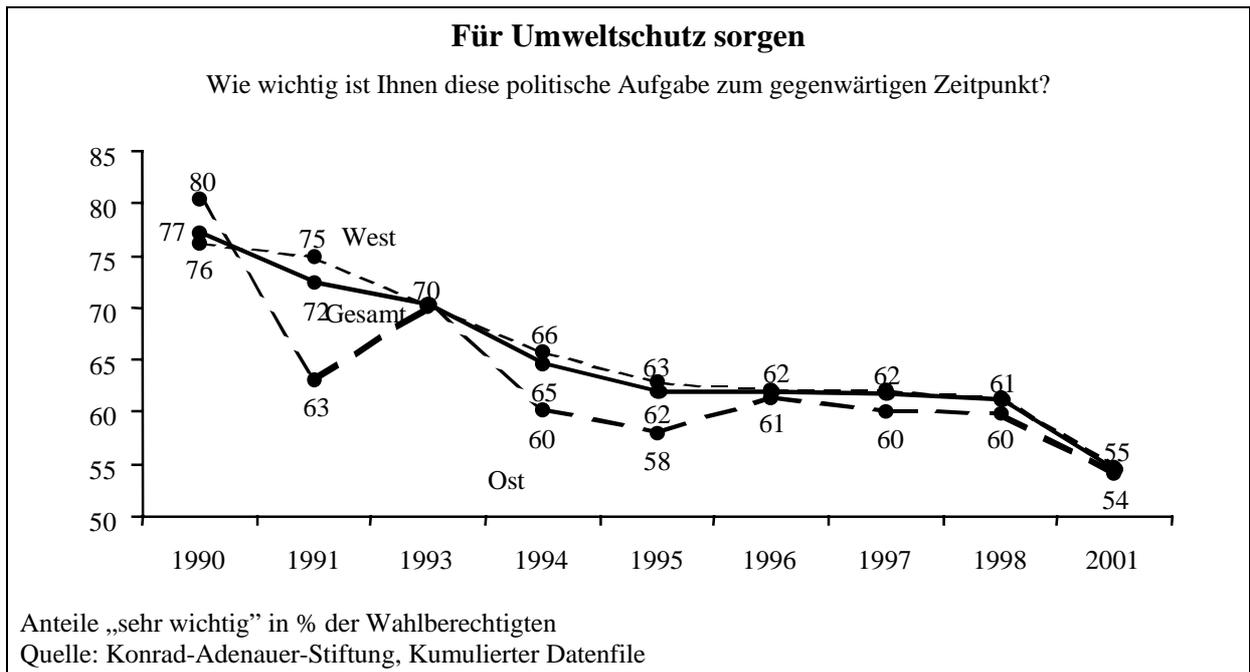
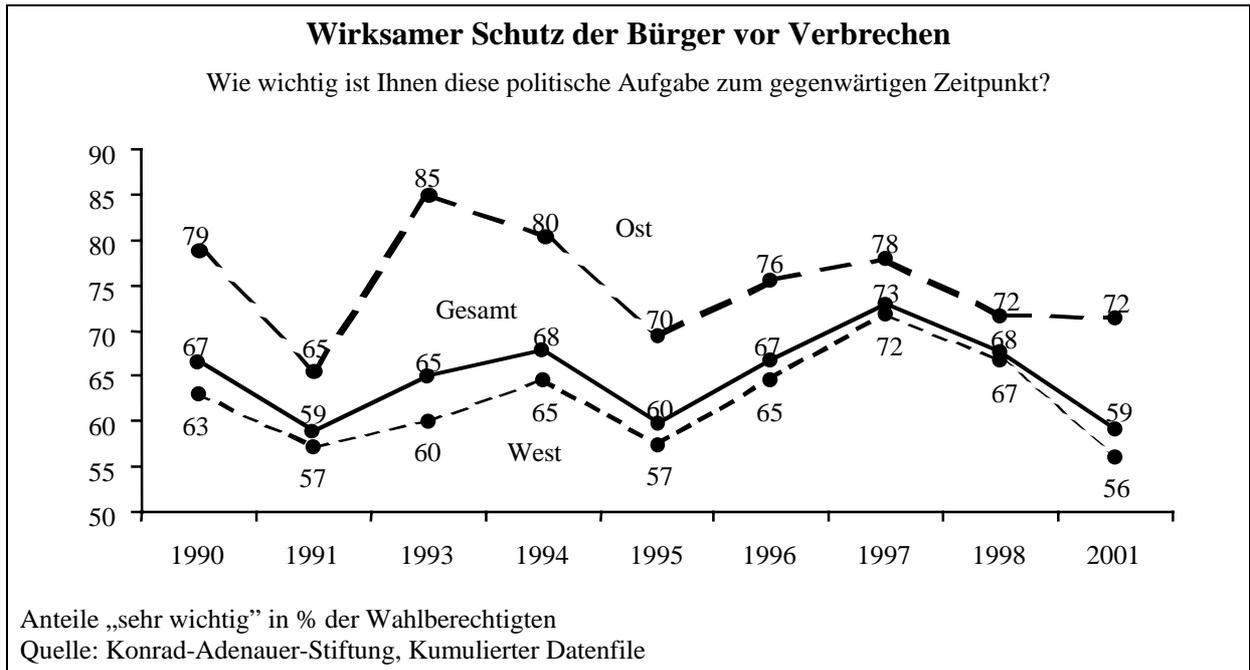
Das Thema Staatsverschuldung entwickelt sich ähnlich wie die anderen Themen aus den Bereichen Wirtschaft und Soziales: Die Dringlichkeit steigt zwischen 1995 und 1996 prägnant an und sinkt ab 1998 wieder ab. Derzeit ist es nur für 45 Prozent der Bürger sehr wichtig.

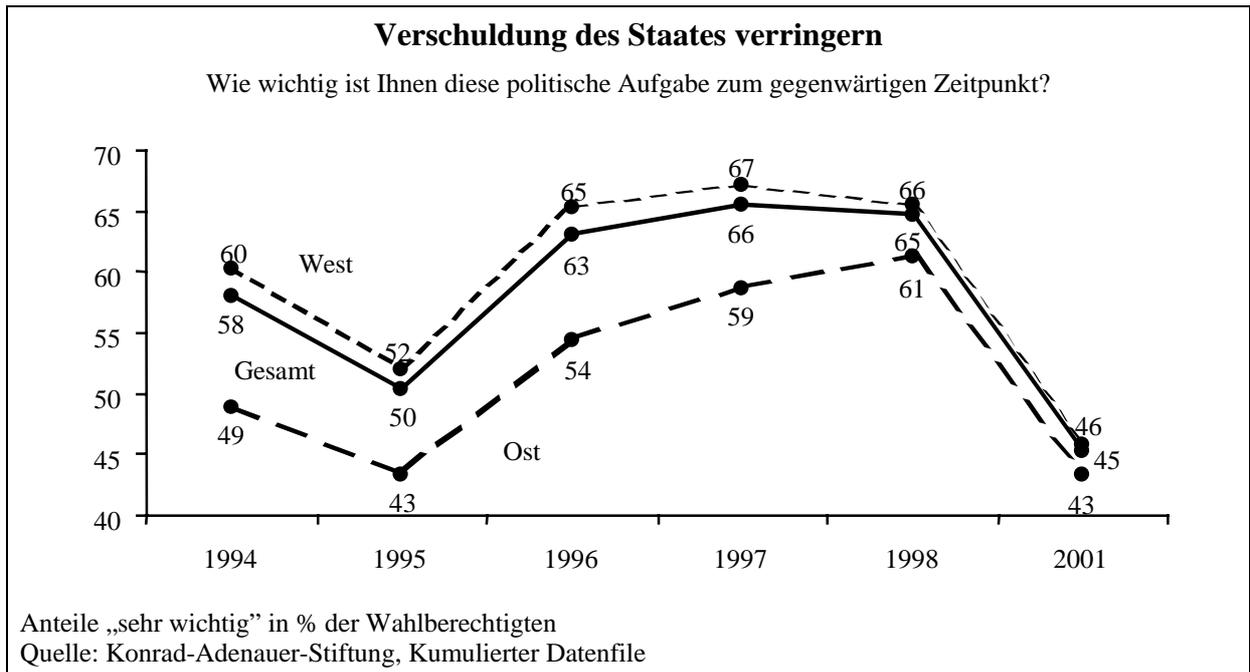
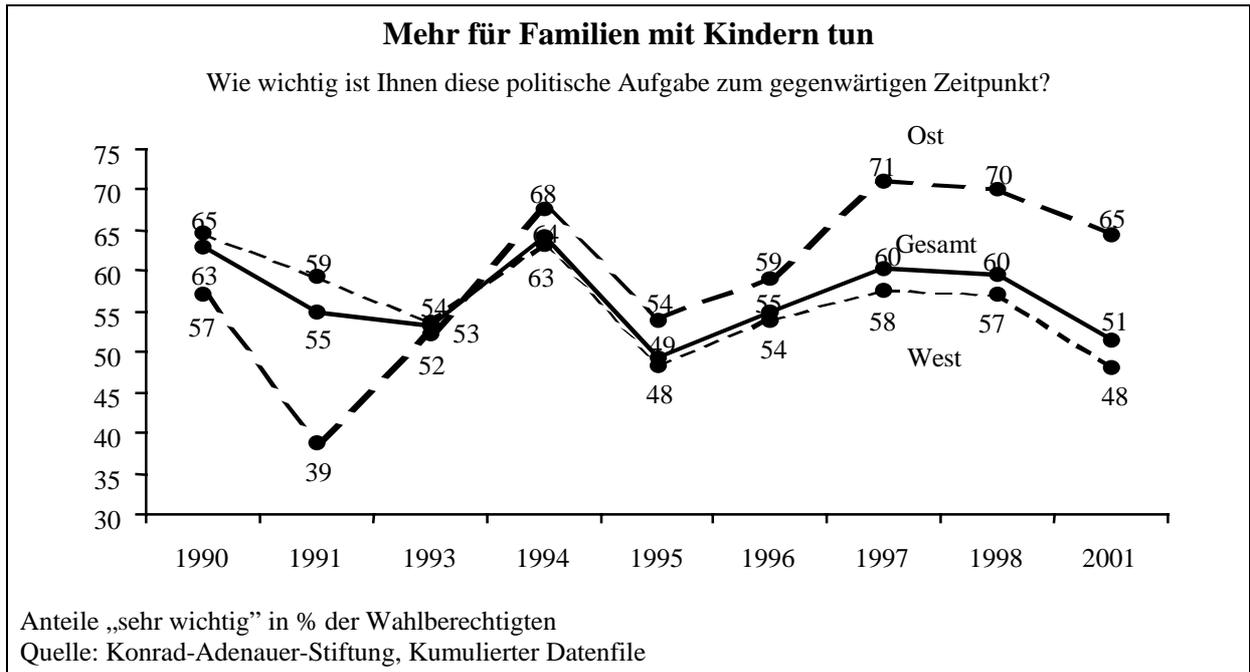
Die Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland bleibt ein Thema auf relativ konstantem mittleren Dringlichkeitsniveau. Auffällig sind hier weniger die Veränderungen im Zeitverlauf als vielmehr die unterschiedlichen Einschätzungen durch West- und Ostdeutsche: Derzeit ist das Thema für 75 Prozent der Ostdeutschen sehr wichtig, wohingegen dies nur auf 32 Prozent der Westdeutschen zutrifft.

Die Einschränkung des Zuzugs von Ausländern hat in den letzten drei Jahren deutlich an Dringlichkeit verloren, was sicherlich mit den parteiübergreifenden Positionsänderungen bezüglich dieses Themas zusammenhängt.



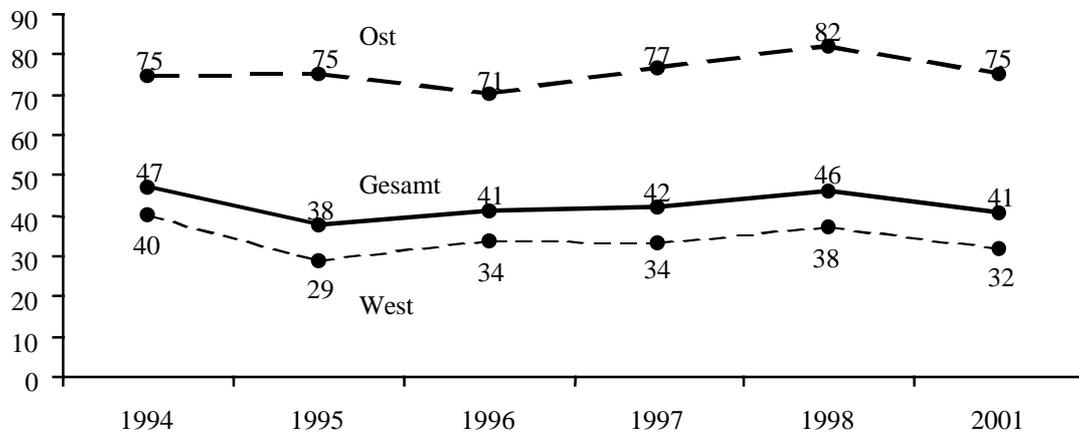






### Einheitliche Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland schaffen

Wie wichtig ist Ihnen diese politische Aufgabe zum gegenwärtigen Zeitpunkt?

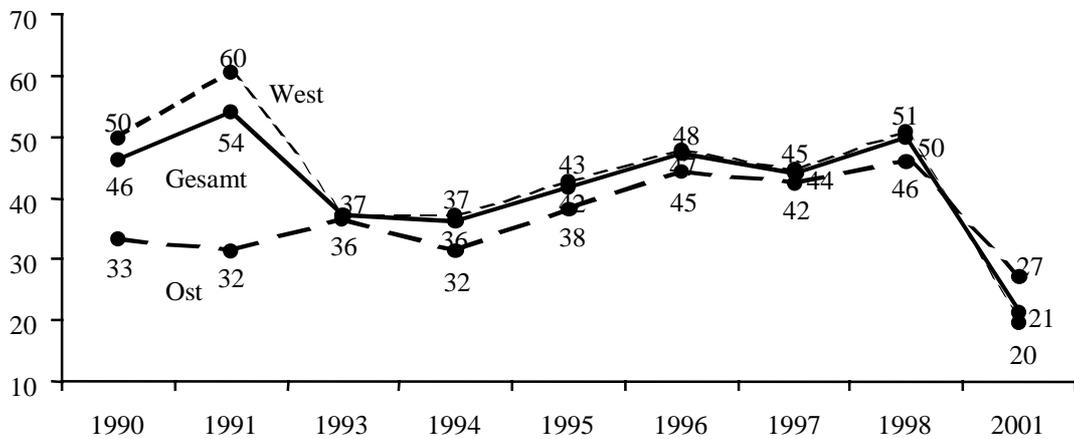


Anteile „sehr wichtig“ in % der Wahlberechtigten

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Kumulierter Datenfile

### Einschränkung des Ausländerzuzugs

Wie wichtig ist Ihnen diese politische Aufgabe zum gegenwärtigen Zeitpunkt?



Anteile „sehr wichtig“ in % der Wahlberechtigten

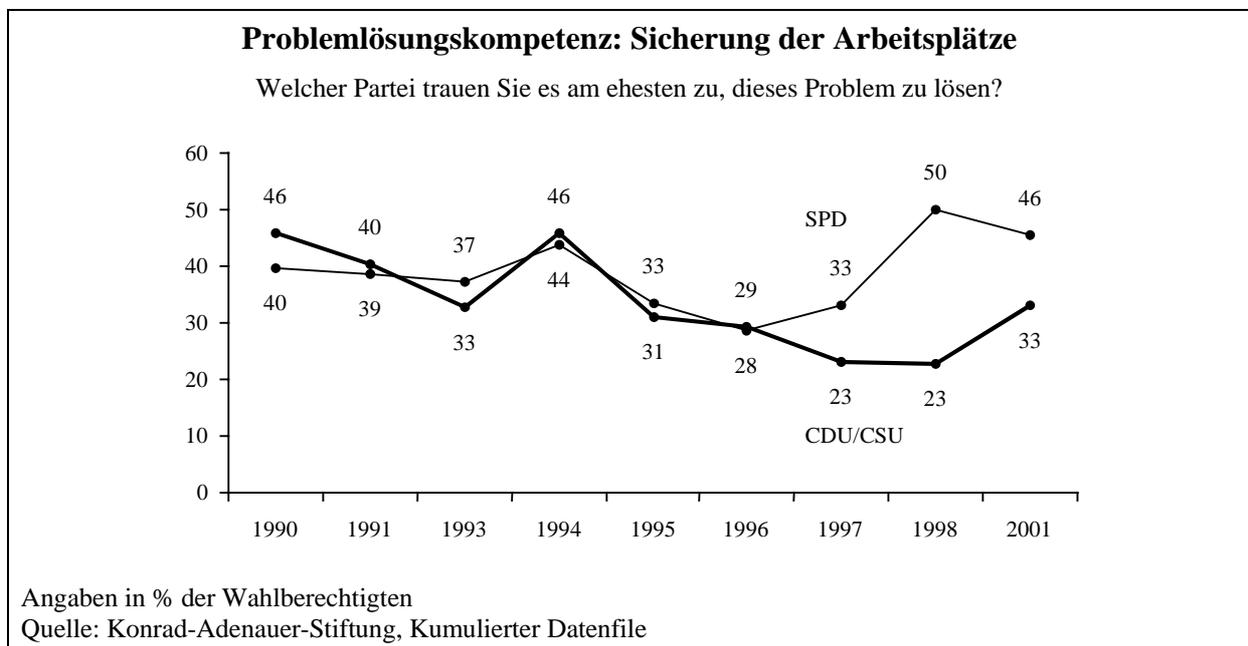
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Kumulierter Datenfile

## 6. Problemlösungskompetenzen

Die SPD hat derzeit die wahrgenommene Kompetenzführerschaft in den beiden wichtigsten Themenbereichen Arbeitslosigkeit und Rentenpolitik. Bei den ebenfalls wichtigen Themen Wirtschaftspolitik und Innere Sicherheit führt dagegen die Union.

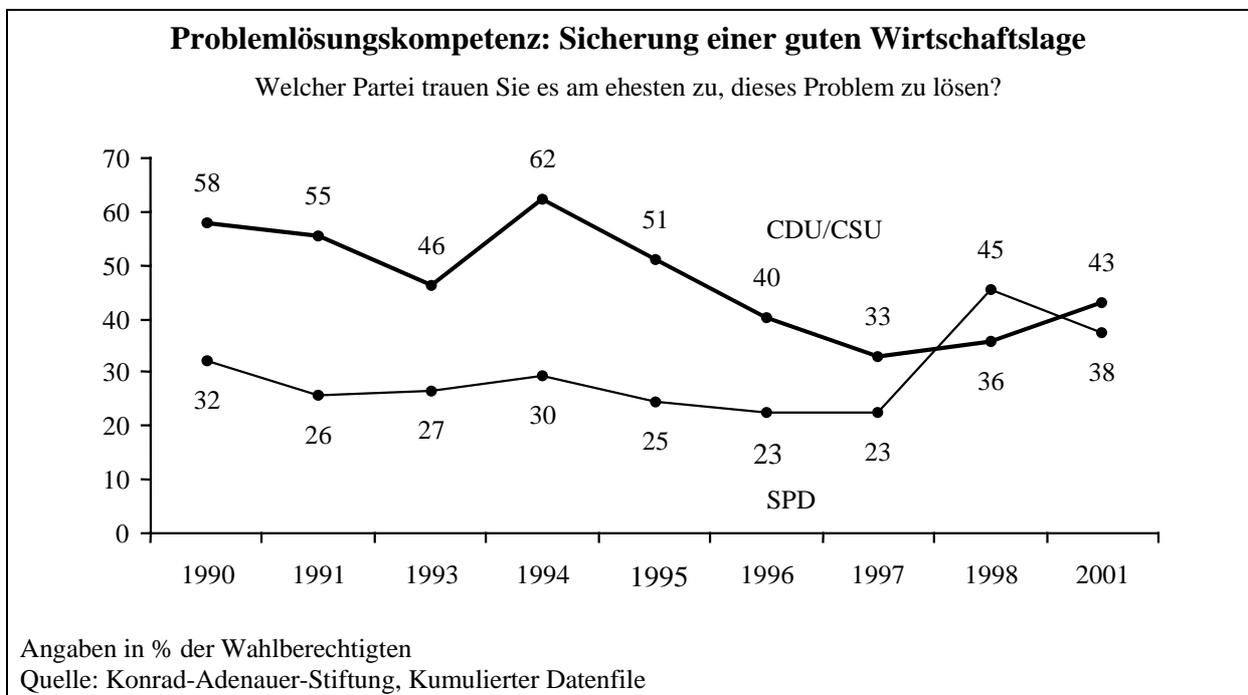
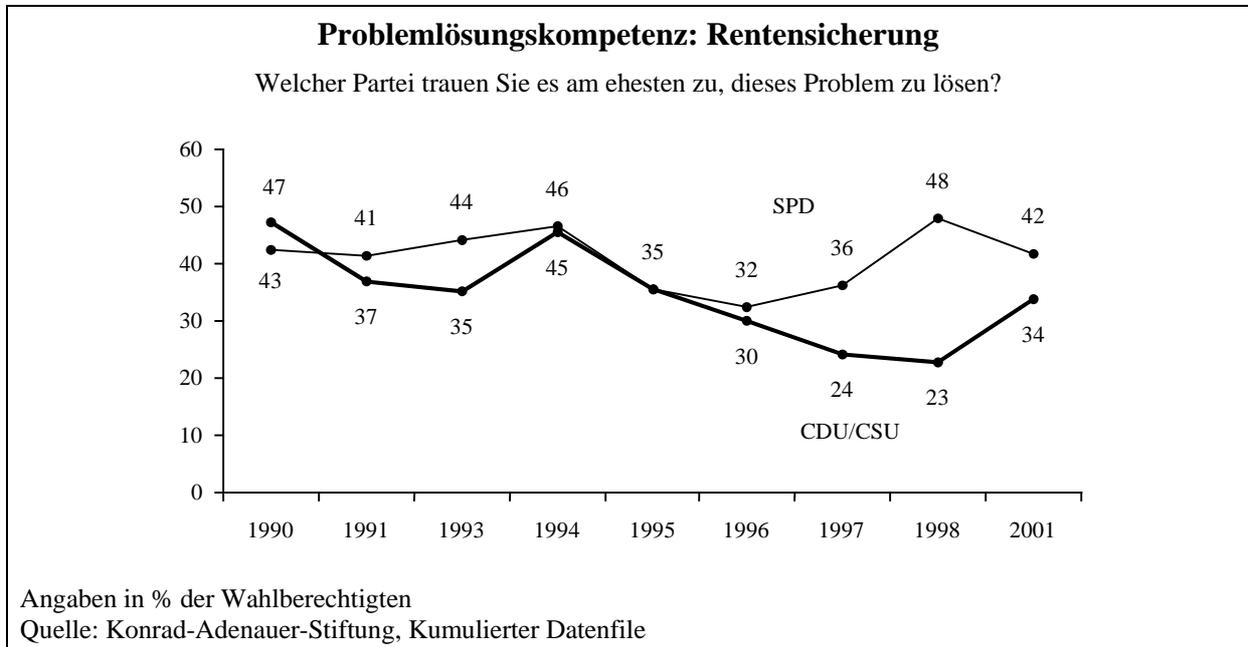
Die Kompetenzführerschaft der SPD ist auf zwei Ursachen zurückzuführen. Zum einen kann die SPD von ihrer Regierungsarbeit profitieren. Dies gilt insbesondere bei der Staatsverschuldung, bei der früher die Kompetenz bei der Union lag. Aber auch bei der Renten- und Familienpolitik ist sie in der Regierung die gestalterische Kraft. Der Vorsprung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat einen anderen Hintergrund. Je nach dem, ob die Bürger dieses Thema eher als sozialpolitisches oder eher als wirtschaftspolitisches Problem interpretieren, liegt die Kompetenz bei der SPD oder der Union.

Betrachtet man, wie sich die Problemlösungskompetenzen im Zeitverlauf verändern, ergeben sich unterschiedliche Konjunkturen. Entscheidend ist jeweils, welcher Kompetenzvorsprung bei Bundestagswahlen bestanden hat. Hier zeigt sich, dass die Union 1990 und 1994, aber nicht mehr 1998 die größere Problemlösungskompetenz bei den wichtigsten Themen besaß.



Der Union wurde 1990 und 1994 - da allerdings nur mit knappem Vorsprung - am ehesten zugetraut, die bessere Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. Nach der Bundestagswahl 1994 begann der Vertrauensbonus der Union zu schmelzen. Und seit 1997 hat die SPD die Kompetenzführerschaft bei diesem Thema inne. Während Union und SPD bis Mitte der 90er Jahre

um die Kompetenzführerschaft stritten, ist die Kluft zwischen beiden Parteien seit dieser Zeit größer als zu Beginn der 90er Jahre. Der Union ist es bis 2001 wieder gelungen, die Distanz zur SPD zu verringern.

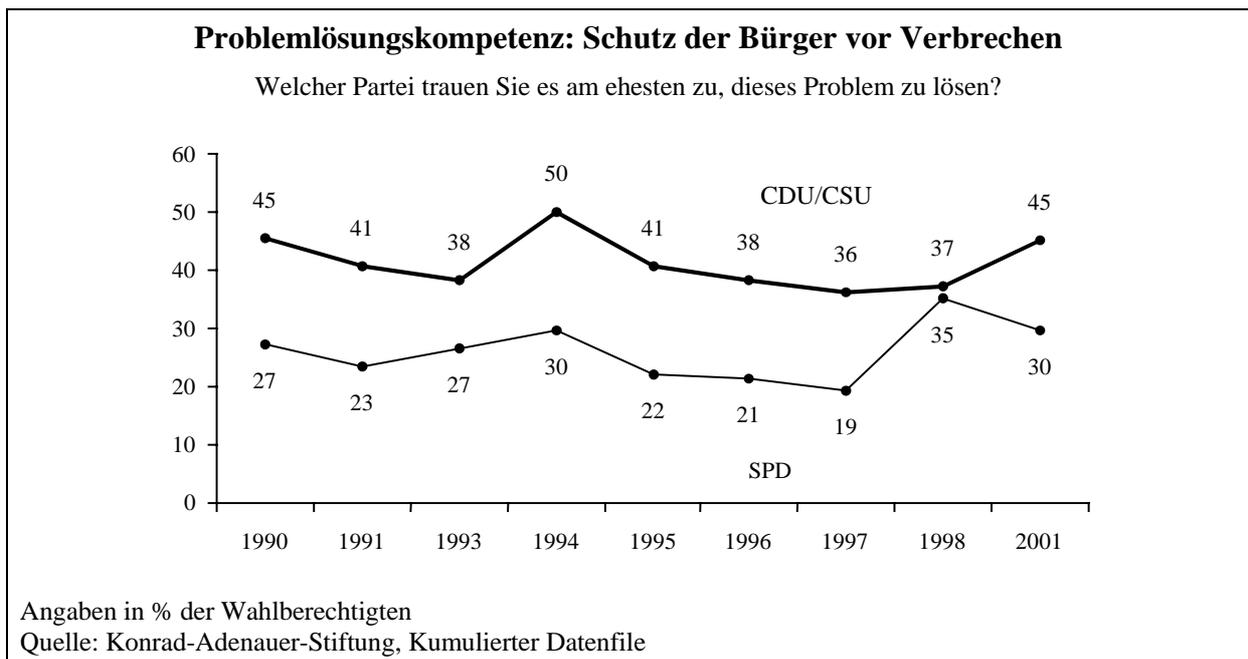


Der Verlauf der Problemlösungskompetenz bei der Rentensicherung ist etwa analog zur Arbeitsplatzsicherung. Auch hier hat die SPD seit Mitte der 90er Jahre die Kompetenzführer-

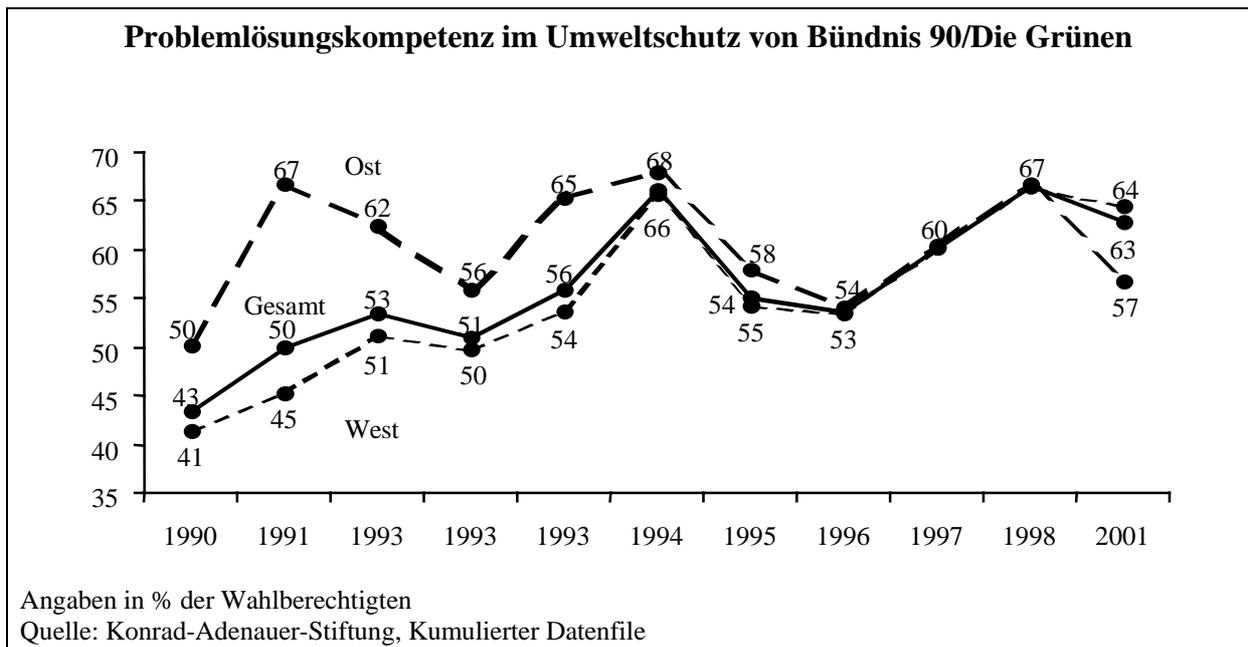
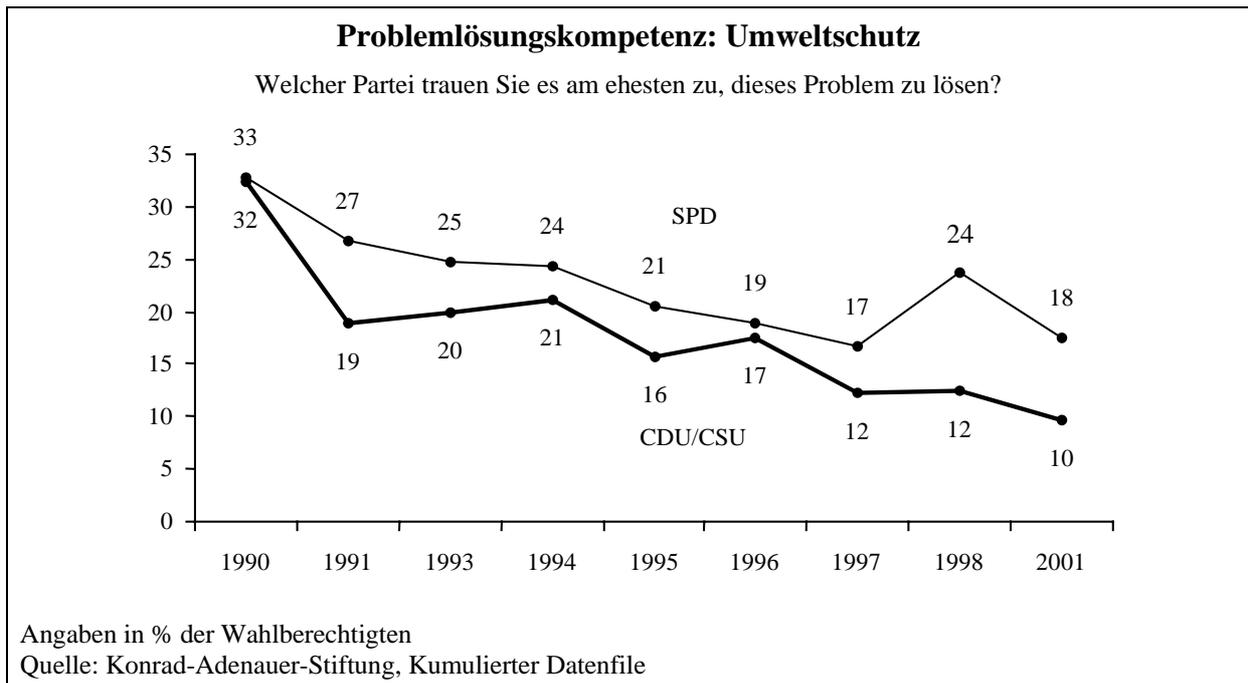
schaft übernommen, und auch hier zeigt sich, dass sich die Union von dem 98er Tief erholt hat. Die Rückgewinnung der Kompetenzführerschaft, wie sie 1990 bestanden hat, liegt für die Union im Bereich des Möglichen.

Für die Union ist die Zuschreibung der Wirtschaftskompetenz eine zentrale Frage bei der Mobilisierung der Wähler. Seit 1994 begann das Vertrauen der Bürger in die wirtschaftsbezogene Problemlösungskompetenz der Union zu schwinden, im Frühjahr 1998 wurde der SPD häufiger als der Union zugetraut, die Sicherung einer guten Wirtschaftslage zu bewältigen. Zwar hat sich auch hier die Union vom 98er Tief wieder erholt, jedoch ist der Vertrauenszuspruch im Vergleich zur ersten Hälfte der neunziger Jahre noch auf einem niedrigen Niveau.

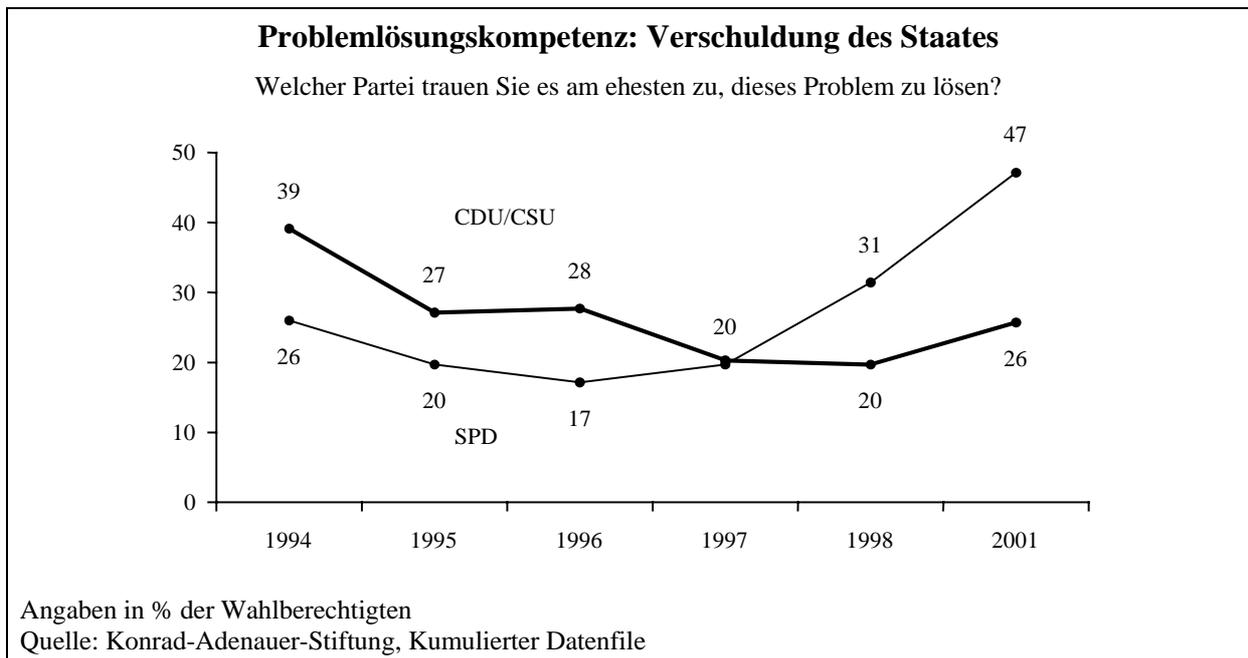
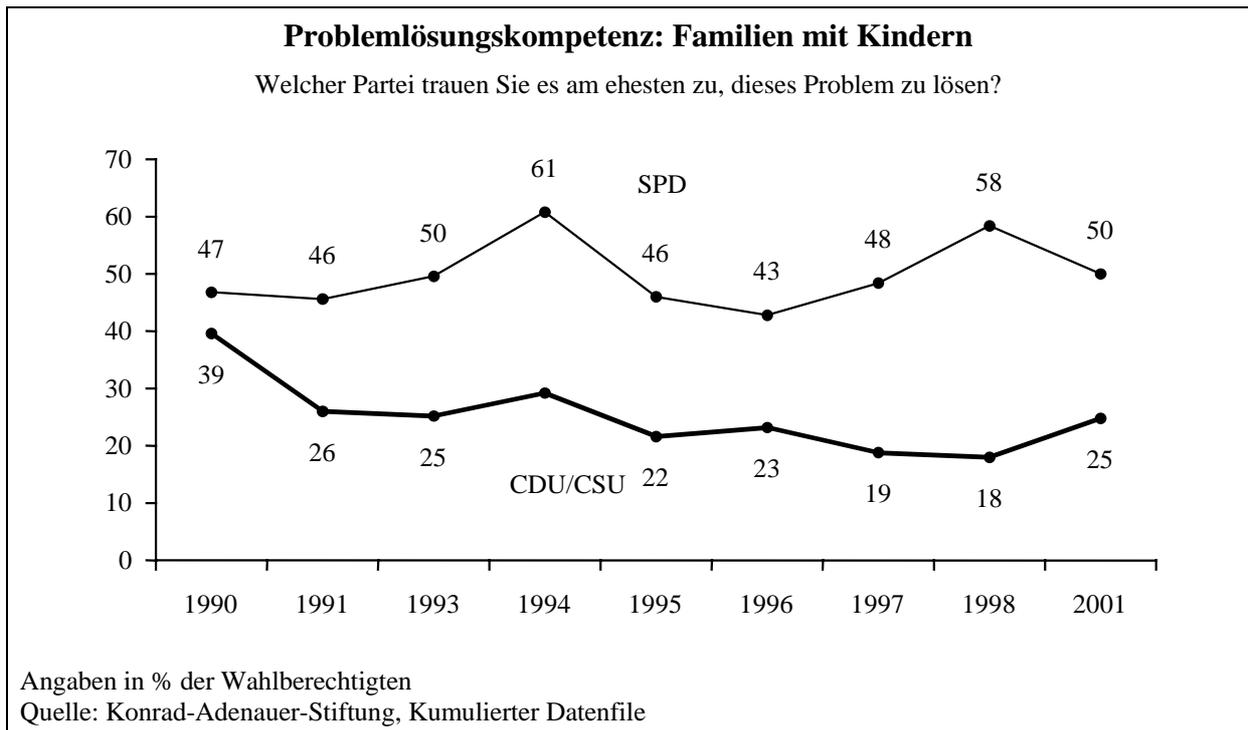
Bei der Verbrechensbekämpfung zeichnet sich ebenfalls ein positiver Trend für die Union ab. Sie erreicht bei diesem Problemfeld etwa das Niveau, das sie noch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre aufwies. Sie konnte damit ihre Kernkompetenz gegenüber der SPD wieder ausbauen.



Bei dem Thema Umweltschutz haben beide Volksparteien einen zunehmenden Kompetenzschwund zu verzeichnen. Dieser wird überwiegend von den Grünen kompensiert. Allerdings ist auch die Wichtigkeit des Umweltschutzes kontinuierlich zurückgegangen. Umweltschutz und die entsprechenden Kompetenzen dürften für die Frage der Wählermobilisierung durch die beiden Volksparteien nur eine untergeordnete Rolle spielen.

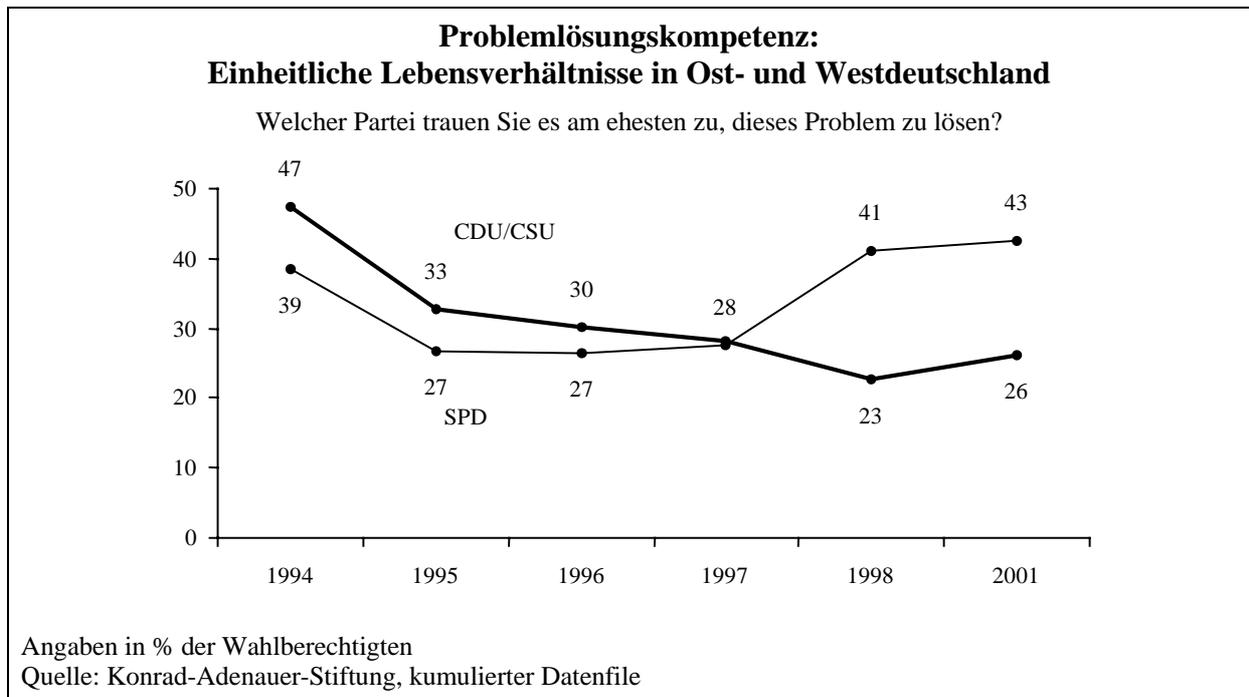


Bei der familienpolitischen Problemlösungsfähigkeit ergeben sich zwischen 1990 und 2001 keine Wechsel in der Kompetenzführerschaft. Da die Familienpolitik eher als sozialpolitische Frage wahrgenommen wird, überwiegt hier konstant die Kompetenzzuschreibung für die SPD.



Im Gegensatz zum Thema Familienpolitik hat es beim Thema Staatsverschuldung einen prägnanten Kompetenzwechsel gegeben. Wurde dieses Thema bis 1996 eindeutig der Union zugeordnet, hat seit 1998 die SPD die Kompetenzführerschaft übernommen. Ursache hierfür ist zum einen der Rollenwechsel, was die Regierungs- und die Oppositionsfunktion der Parteien angeht. Zum anderen wirken sich das Bemühen von Bundesfinanzminister Eichel um die Be-

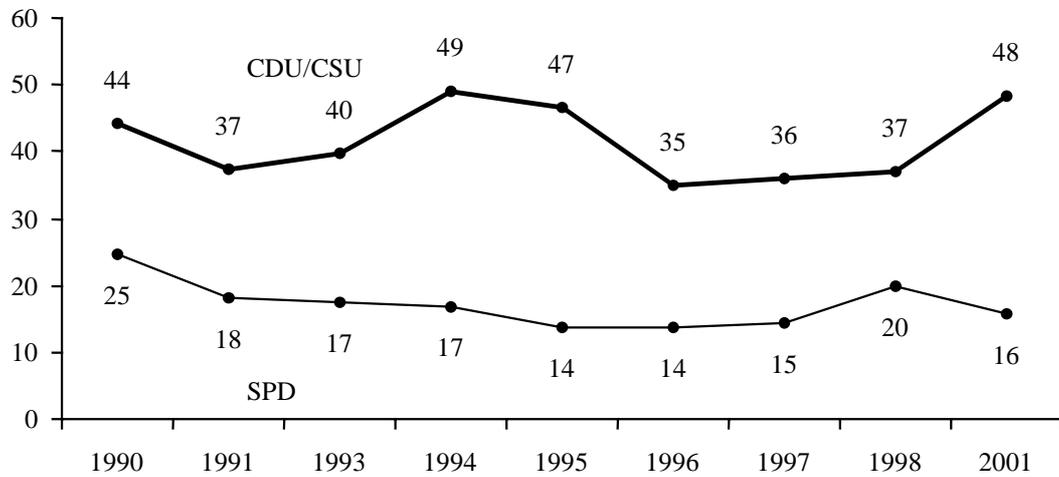
schränkung von Staatsausgaben sowie das in der Öffentlichkeit verankerte Image Eichels als „Sparminister“ als Bonus für die SPD aus. Auch die Problemlösungskompetenz für die Schaffung von einheitlichen Lebensverhältnissen in Ost- und Westdeutschland wird seit 1998 eindeutig der SPD zugeschrieben. Auch dies hängt zum Teil mit der Regierungsrolle der SPD zusammen.



Die Einschränkung des Ausländerzuzugs wird im gesamten Betrachtungszeitraum der Union zugeschrieben. Aktuell wird das Thema sogar noch klarer mit der CDU/CSU verknüpft, als es in der zweiten Hälfte der 90er Jahre der Fall war.

### Problemlösungskompetenz: Einschränkung des Ausländerzuzugs

Welcher Partei trauen Sie es am ehesten zu, dieses Problem zu lösen?



Angaben in % der Wahlberechtigten

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Kumulierter Datenfile

### Problemlösungskompetenz

Welcher Partei trauen Sie es am ehesten zu, diese Probleme zu lösen?\*

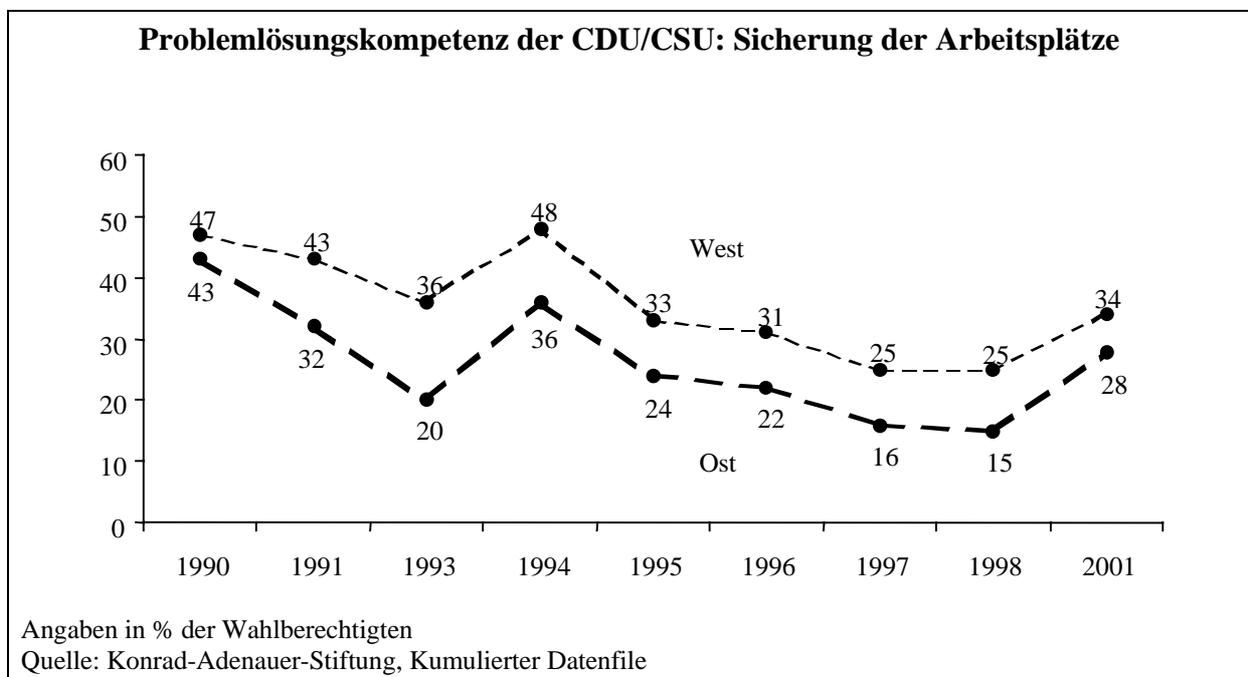
|                                   | Union<br>% | SPD<br>% | Diff. | FDP<br>% | Grüne<br>% | PDS<br>% | keiner<br>% |
|-----------------------------------|------------|----------|-------|----------|------------|----------|-------------|
| Arbeitsplätze sichern             | 33         | 46       | -13   | 5        | 2          | 2        | 11          |
| Renten sichern                    | 34         | 42       | -8    | 3        | 2          | 2        | 13          |
| Gute Wirtschaftslage sichern      | 43         | 38       | +5    | 8        | 2          | 1        | 7           |
| Verbrechenschutz                  | 45         | 30       | +15   | 3        | 2          | 2        | 7           |
| Umweltschutz                      | 10         | 18       | -8    | 1        | 63         | 1        | 5           |
| Mehr für Familien mit Kindern tun | 25         | 50       | -25   | 3        | 9          | 4        | 5           |
| Staatsverschuldung verringern     | 26         | 47       | -21   | 5        | 2          | 1        | 12          |
| Einheitl. Lebensverhält. Ost/West | 26         | 43       | -17   | 3        | 4          | 9        | 9           |
| Ausländerzuzug einschränken       | 48         | 16       | +32   | 3        | 2          | 2        | 6           |

\*) Mehrfachnennungen möglich

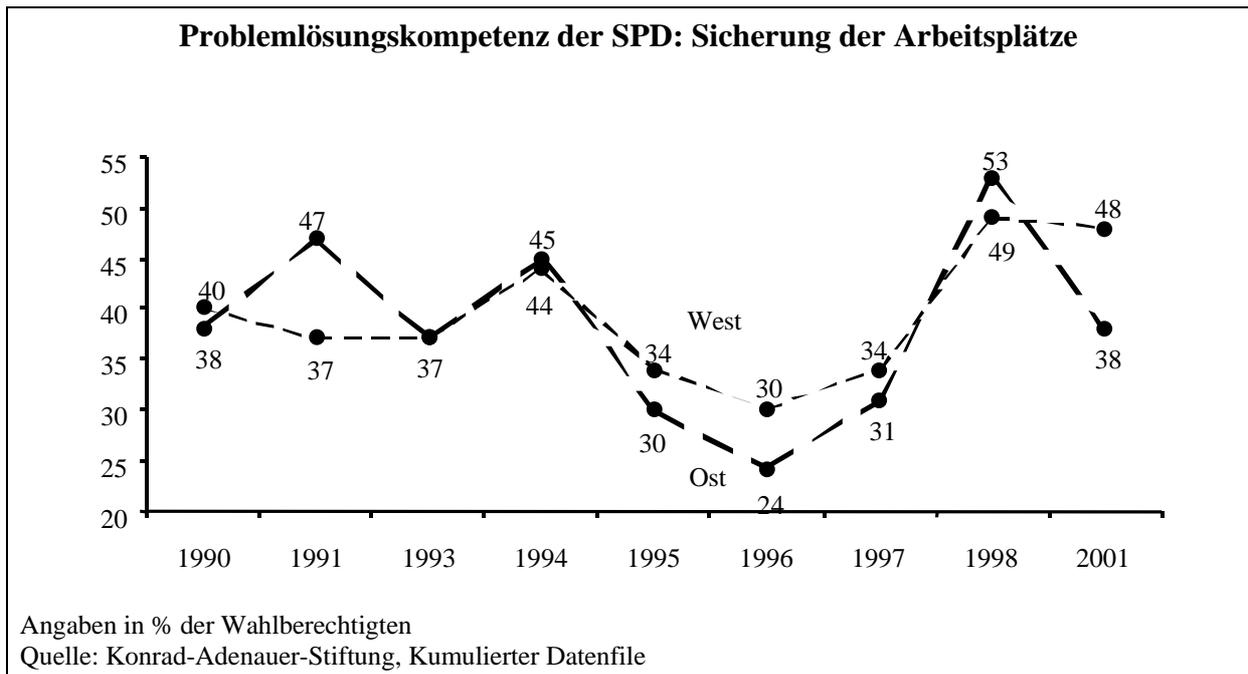
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Mai 2001

## 6.1 Ausgewählte Problemlösungskompetenzen in Ost- und Westdeutschland

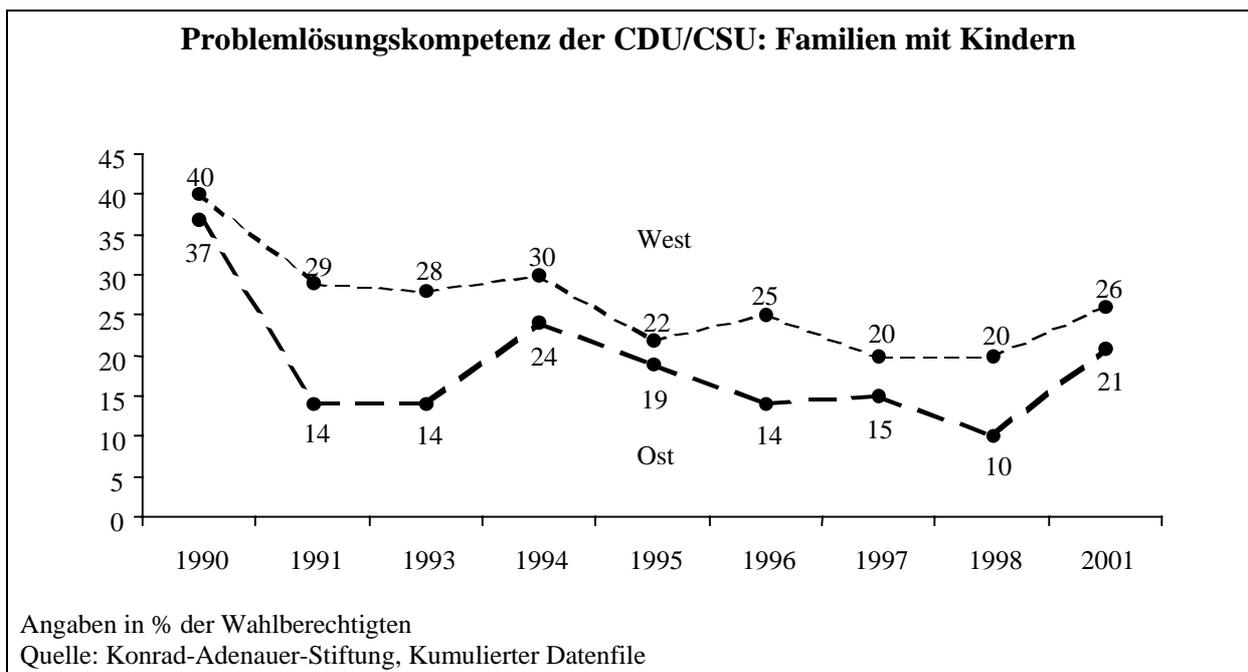
In diesem Kapitel werden nur die Problemlösungskompetenzen analysiert, bei denen sich in Ost- und Westdeutschland unterschiedliche Trends erkennen lassen. Zwischen 1998 und 2001 ist es der Union tendenziell gelungen, einen gleichförmigen Zuwachs an Kompetenzen in Ost und West zu verzeichnen. Die SPD konnte im Westen etwa ihr Niveau halten, während sie im Osten zum Teil massive Kompetenzeinbußen hinnehmen muss. Dies spiegelt sich auch im Rückgang der Wahlabsicht in den neuen Ländern wider. Die SPD hat im Vergleich zu 1998 6 Punkte verloren und würde derzeit von 36 Prozent der Ostdeutschen gewählt (1998: 42 Prozent). Aufgrund des massiven Vertrauensverlusts bei der Problemlösungskompetenz in den neuen Ländern können weitere Stimmenverluste durchaus möglich sein.



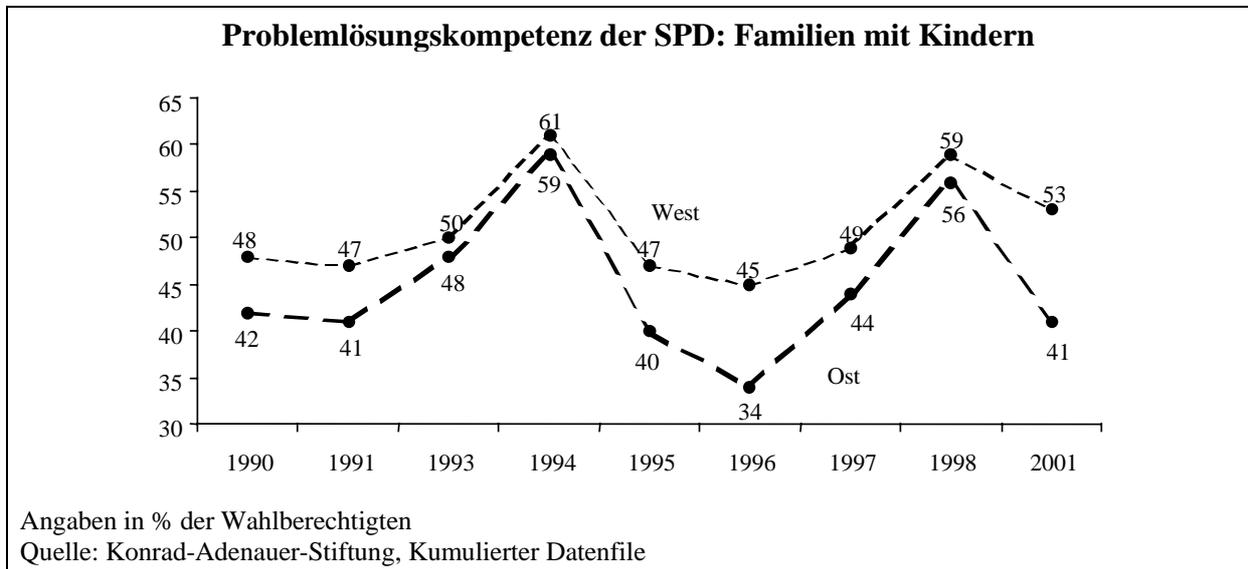
Bei der Sicherung der Arbeitsplätze ist es der Union gelungen, ihre Kompetenz sowohl in West- als auch in Ostdeutschland auszubauen. Anders sieht es bei der SPD aus: Während sie ihr Kompetenzniveau für die Sicherung der Arbeitsplätze im Westen halten konnte, ist in Ostdeutschland ein massiver Einbruch der Problemlösungskompetenz zu erkennen. 1998 trauten noch mehr als die Hälfte der Ostdeutschen der SPD zu, eine gute Arbeitsmarktpolitik zu betreiben; 2001 sank der Anteil auf 38 Prozent (- 15 Punkte). Allerdings liegt die SPD in den neuen Ländern damit noch immer 10 Punkte vor der Union.



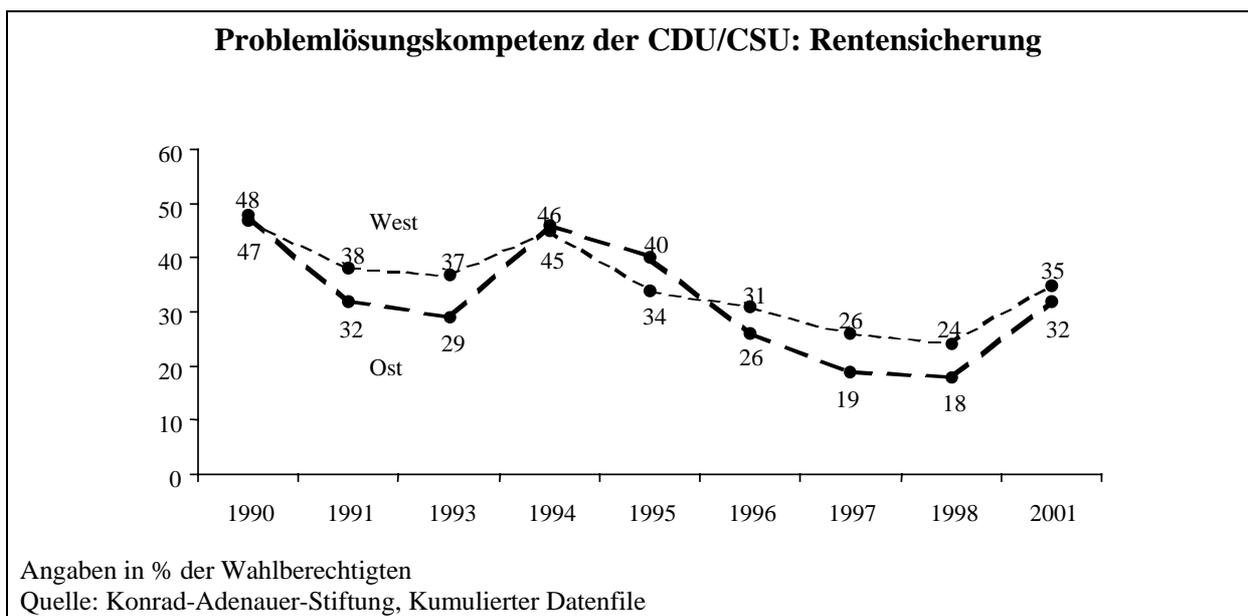
Auch bei der Familienpolitik konnte sich die CDU/CSU in Ost und West von dem 1998er Tief erholen. Allerdings ist sie von dem Höchststand des Jahres 1990, wo ihr 40 Prozent der West- und 37 Prozent der Ostdeutschen zutrauten, die bessere Familienpolitik zu betreiben, immer noch weit entfernt.



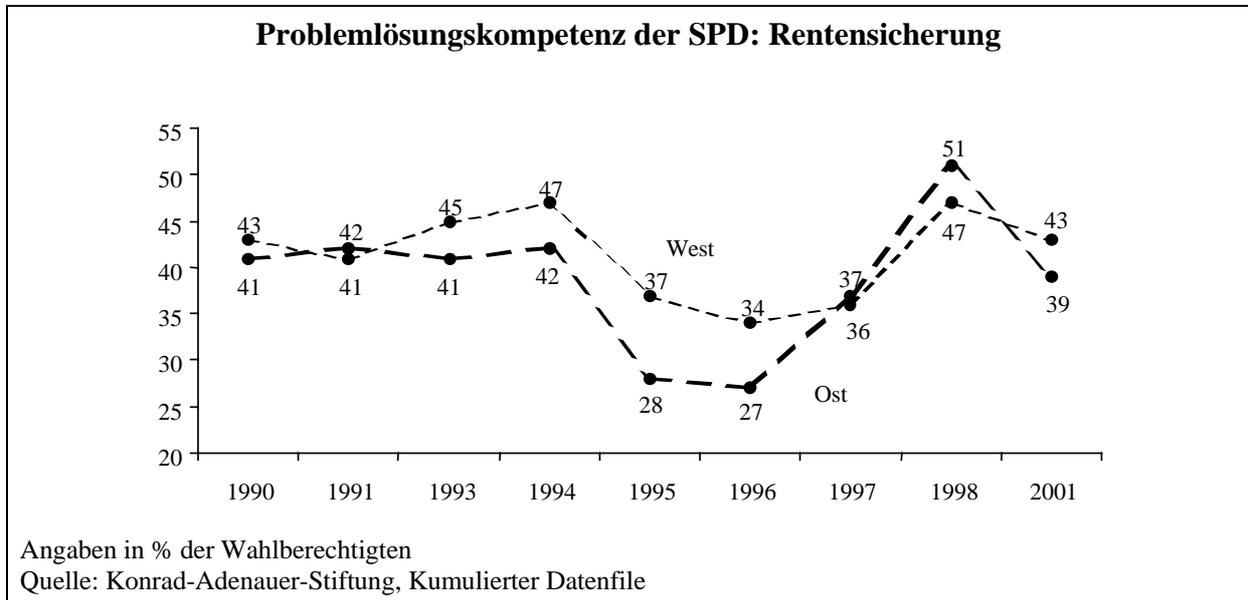
Ähnlich wie bei der Arbeitsplatzsicherung hat die SPD auch bei der Familienpolitik in den neuen Ländern einen massiven Vertrauenseinbruch erfahren. 1998 trauten noch mehr als die Hälfte der Ostdeutschen eher der SPD die Lösung dieses Problems zu, 2001 sind dies nur noch 41 Prozent.



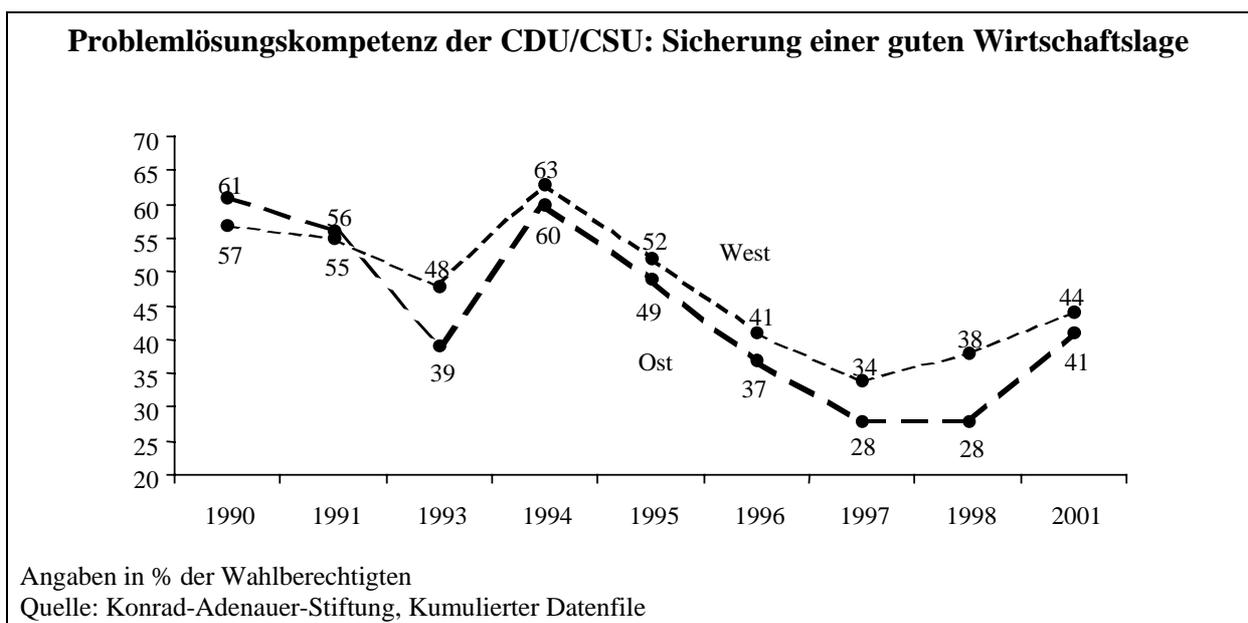
Auch bei der Sicherung der Rente zeichnet sich für die Union eine Erholung ab. Sie hat zwar noch nicht das Niveau von Mitte der 90er Jahre erreicht, die Talsohle von 1998 hat sie jedoch durchschritten.



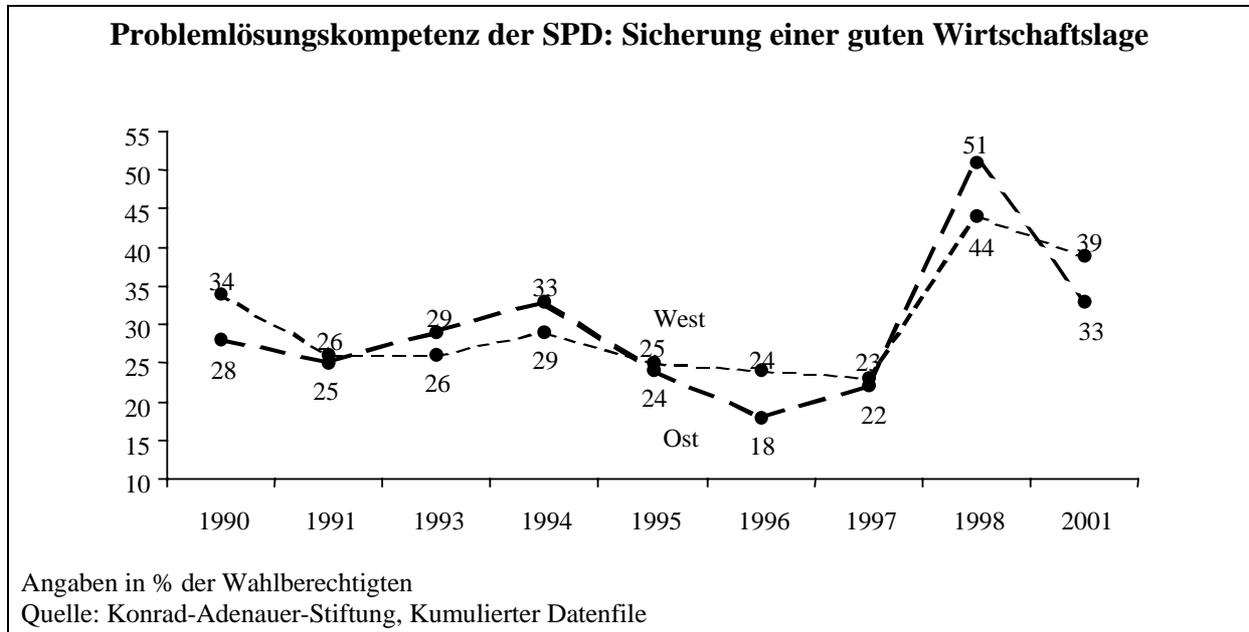
Trotz Rentenreform büßt die SPD bei der Rentensicherung erheblich an Vertrauen ein. Auch hier zeigt sich das bereits beschriebene Muster, nach dem der Vertrauensverlust im Westen noch relativ moderat ausfällt, während im Osten ein massiver Rückgang zu verzeichnen ist.



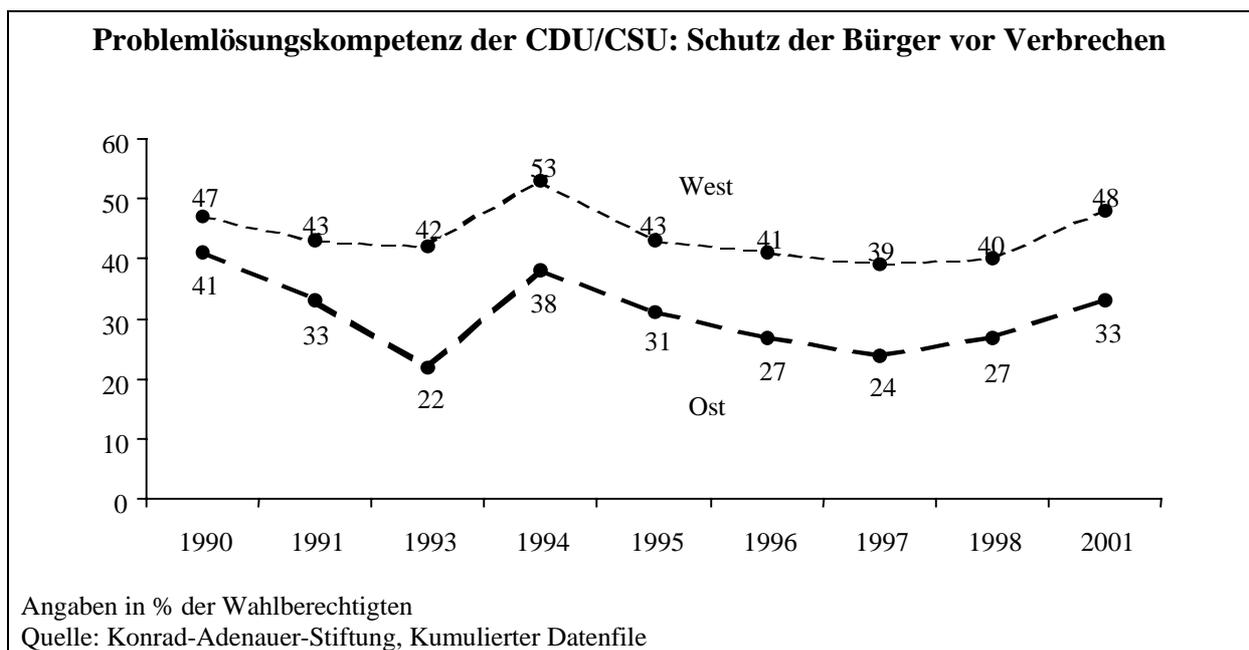
Analog zu den oben erkennbaren Trends kann die Union auch bei der Sicherung einer guten Wirtschaftslage einen Aufschwung verzeichnen. Dennoch ist sie in ihrer Kernkompetenz noch weit von den Spitzenwerten zu Beginn und Mitte der 90er Jahre entfernt.



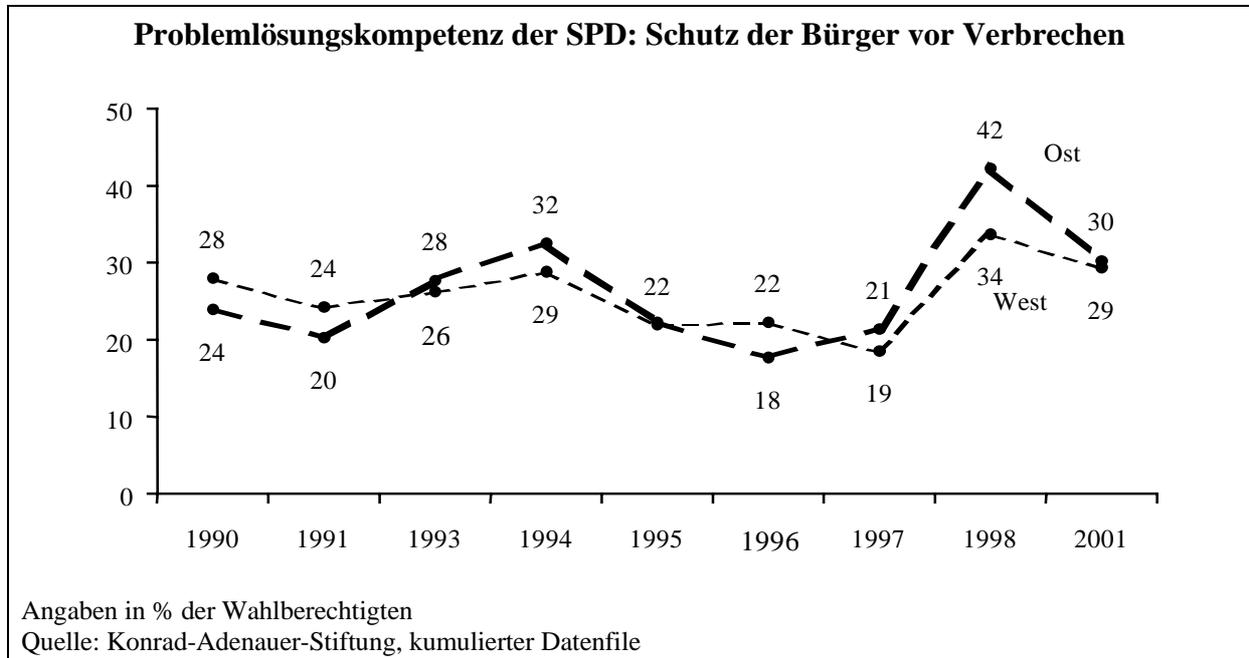
Die SPD verliert auch bei der Sicherung einer guten Wirtschaftslage vor allem in den neuen Ländern massiv an Vertrauen. In dem ihr eigentlich nicht typischerweise zugeschriebenen Kompetenzbereich nähert sie sich wieder dem früheren Niveau an.



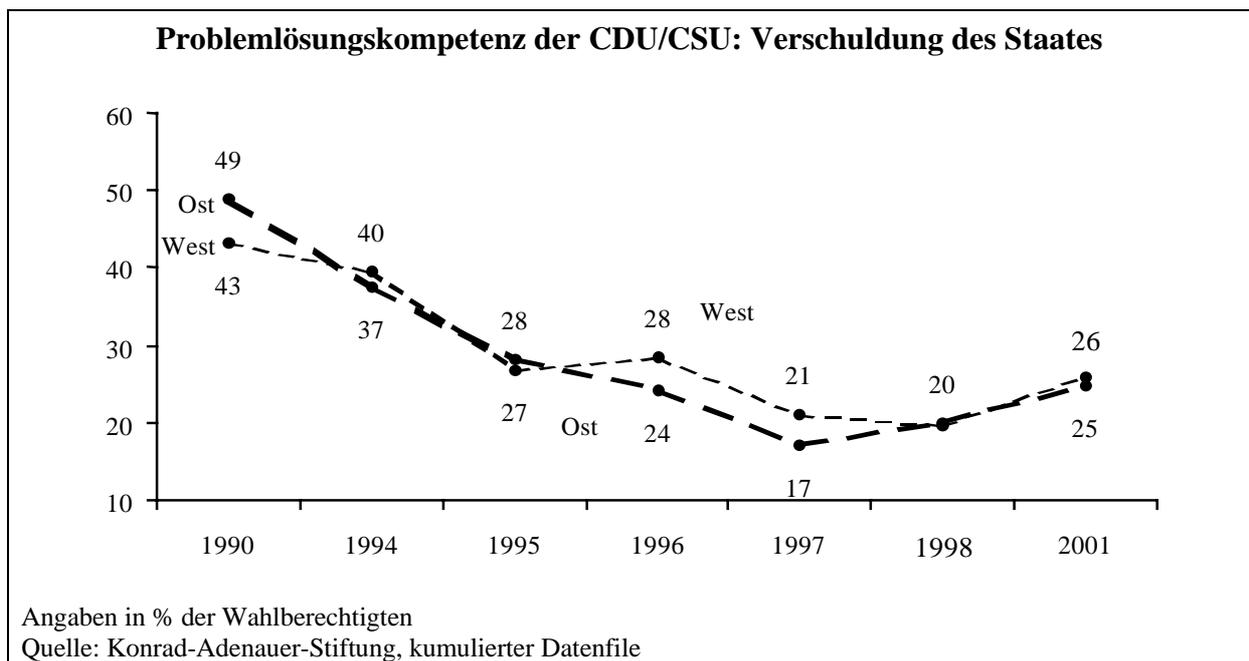
Die Union ist nach wie vor die Partei, die mit der Inneren Sicherheit hochgradig assoziiert wird. Allerdings wird ihr diese Kompetenz überwiegend im Westen zugesprochen, während sie in den neuen Ländern etwa auf einem Niveau mit der SPD liegt.



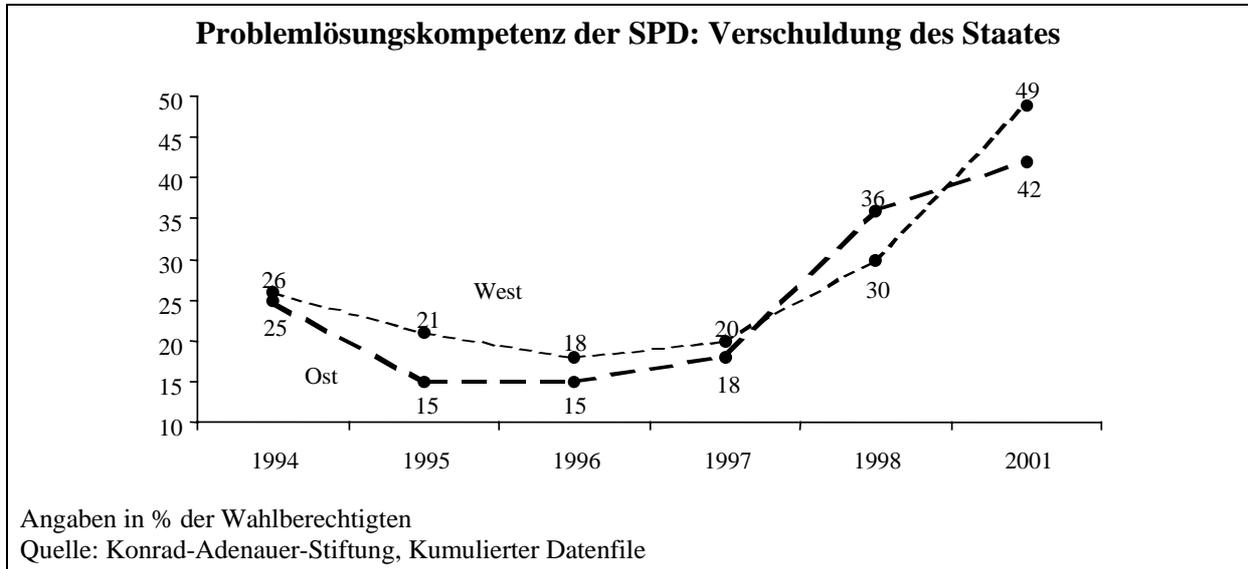
Nachdem es der SPD 1998 kurzfristig gelungen war, bei der Verbrechensbekämpfung eine an die Union heranreichende Kompetenzzuweisung zu erreichen, ist sie aktuell wieder auf das für sie normale Niveau abgesunken.



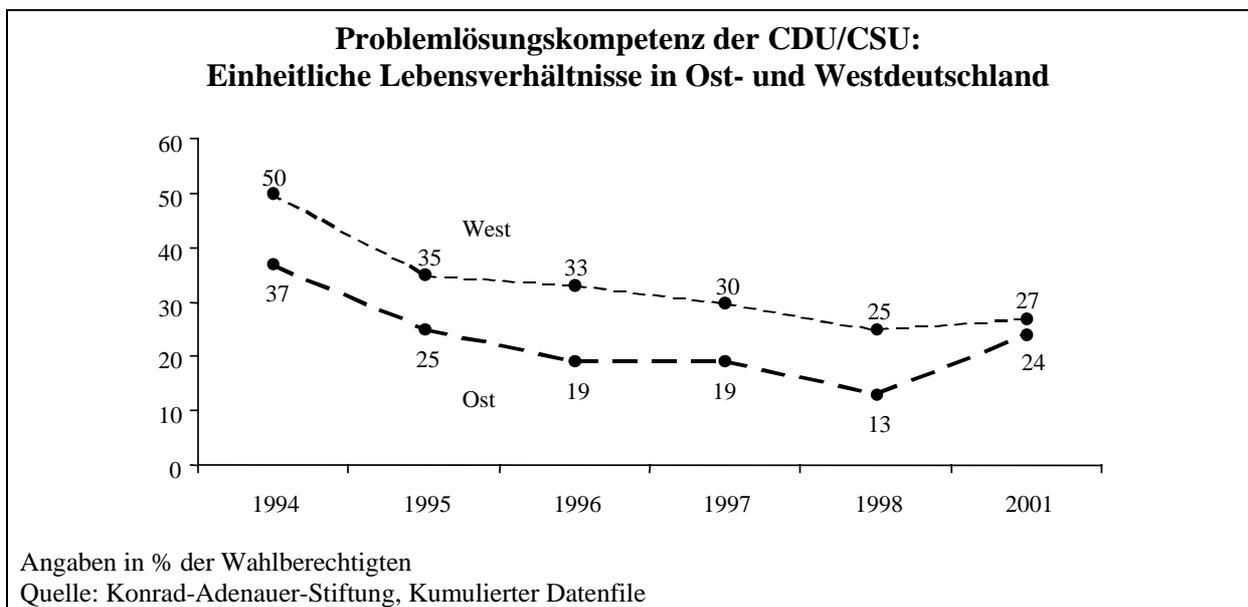
Besonders stark fällt der Vertrauensverlust der Union bei der Staatsverschuldung aus. Während noch 1990 fast die Hälfte der Bundesbürger der Union die Lösung dieses Problems zutraute, ist dies derzeit nur etwa ein Viertel der Bürger, bei leicht steigender Tendenz.



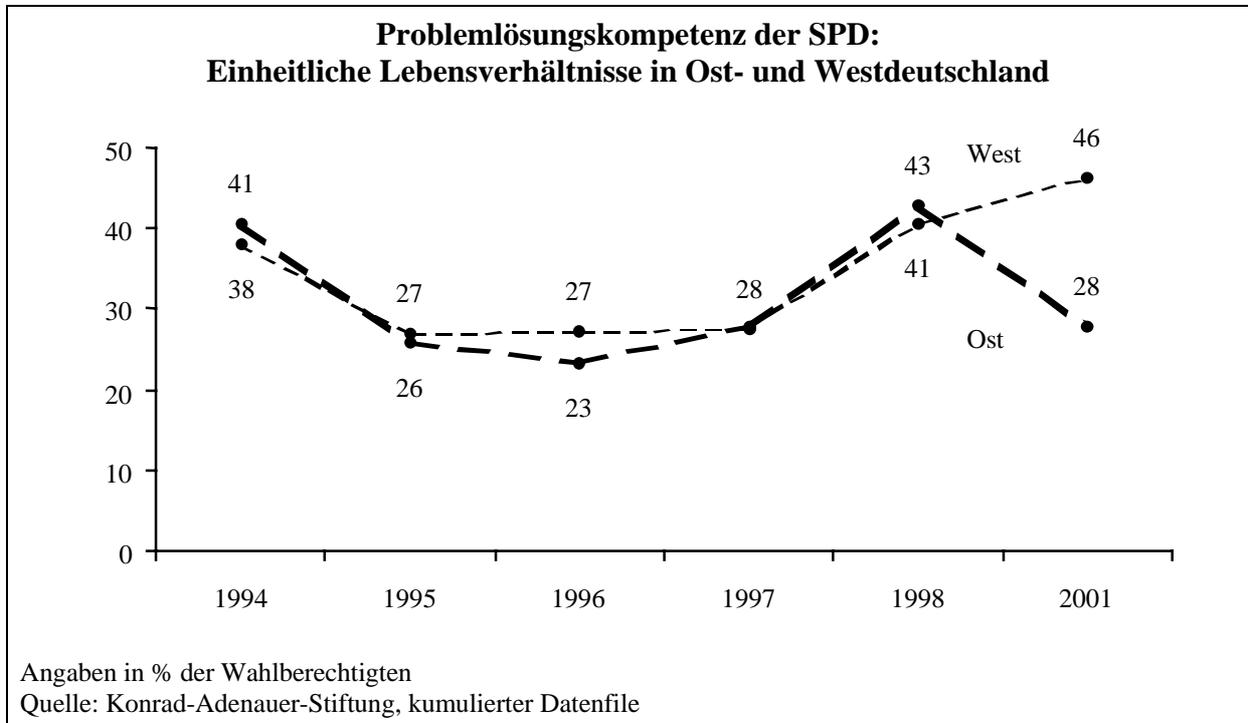
Die Ausnahme von dem für die SPD in den wesentlichen Kompetenzbereichen zu beobachtenden Negativtrend seit 1998 findet sich bei der Verringerung der Staatsschulden. Hier konnten die Sozialdemokraten ihren erst ab 1998 einsetzenden Kompetenzvorsprung weiter ausbauen.



Bei der Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland, ein Themenfeld, das vor allem in den neuen Bundesländern eine große Bedeutung hat, konnte sich die Union ebenfalls leicht erholen. Bei diesem Themenfeld besteht für die beiden Volksparteien eine Konkurrenzsituation mit der PDS (s.u.).



Die SPD hat in dem in den neuen Ländern wichtigen Thema der Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland deutlich an Vertrauen verloren. Nur noch 28 Prozent der Ostdeutschen trauen ihr die Lösung dieses Problems zu.



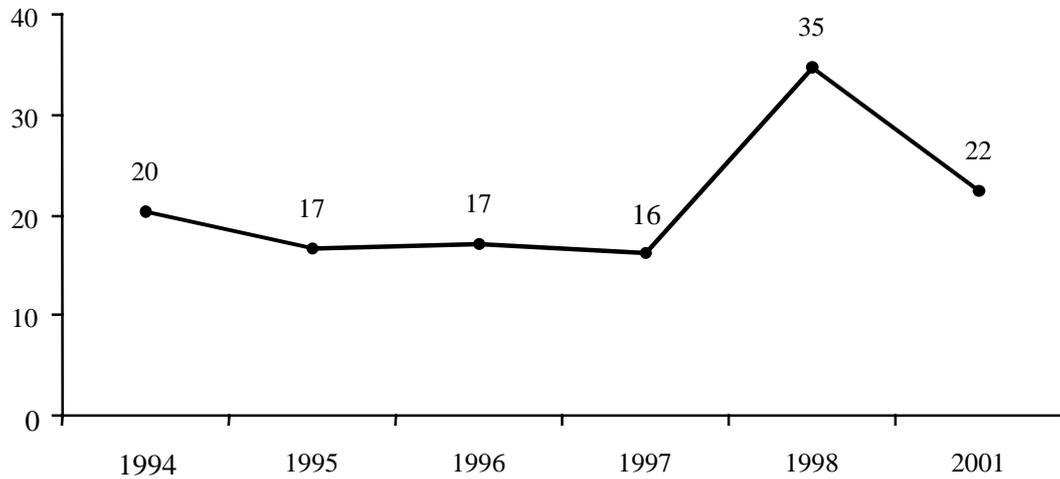
## 6.2 Das Kompetenzprofil der PDS in Ostdeutschland

Das Kompetenzprofil der PDS bewegt sich nach wie vor auf einem niedrigen Niveau. Im Westen wird die PDS praktisch gar nicht wahrgenommen. Im Osten erreicht sie in keinem Themenfeld die Kompetenzführerschaft. Die Anteile ihrer Kompetenzzuweisungen liegen häufig unter ihren Anteilen in der Wählerschaft. D.h. nicht einmal alle ihrer Wähler sprechen der PDS eine Lösungskompetenz zu. Lediglich in drei der hier gemessenen Problemfelder wird ihr im Osten eine nennenswerte Kompetenz zugesprochen: bei der Sicherung der Arbeitsplätze (10 Prozent), der Familienpolitik (16 Prozent) und der Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse in Ost und West (22 Prozent).

Trotz des niedrigen Niveaus lohnt die Analyse. Während die PDS von 1990 bis 1997 nur ein schwach ausgeprägtes Kompetenzprofil aufwies, ist ihr zwischen 1997 und 1998 eine Profilierung gelungen. Zum Teil wurde eher der PDS als der CDU/CSU zugetraut, die drei genannten Probleme zu lösen. 1998 wurde ihr von 35 Prozent der Ostdeutschen zugetraut, einheitliche Lebensverhältnisse zu schaffen. Damit lag sie deutlich vor der Union (13 Prozent), aber noch hinter der SPD (43 Prozent). Auch bei dem sozialpolitischen Thema der Familienpolitik wurde ihr seit 1995 mehr Kompetenz zugesprochen als der Union. So sprachen ihr z.B. 1998 33 Prozent der Ostdeutschen die Problemlösungskompetenz zu (Union: 10 Prozent; SPD: 56 Prozent).

Allerdings ist es der PDS nicht gelungen, dieses Bewertungsniveau zu halten. Vielmehr zeichnet sich zwischen 1998 und 2001 ein genereller Vertrauensverlust ab, der von einem Rückgang in der Wahlabsicht begleitet wird. Es ist nicht auszuschließen, dass die PDS ihren Oppositionsbonus verspielt hat. Dies wäre dann der Fall, wenn sie in dem Maße, wie sie als normale Partei wahrgenommen wird, auch an ihrer politischen Problemlösungsfähigkeit gemessen wird. Wenn die PDS in Folge ihrer Regierungsmitarbeit Unterstützung im Protestwählerlager verliert, würde auch ihr Wiedereinzug in den Bundestag gefährdet.

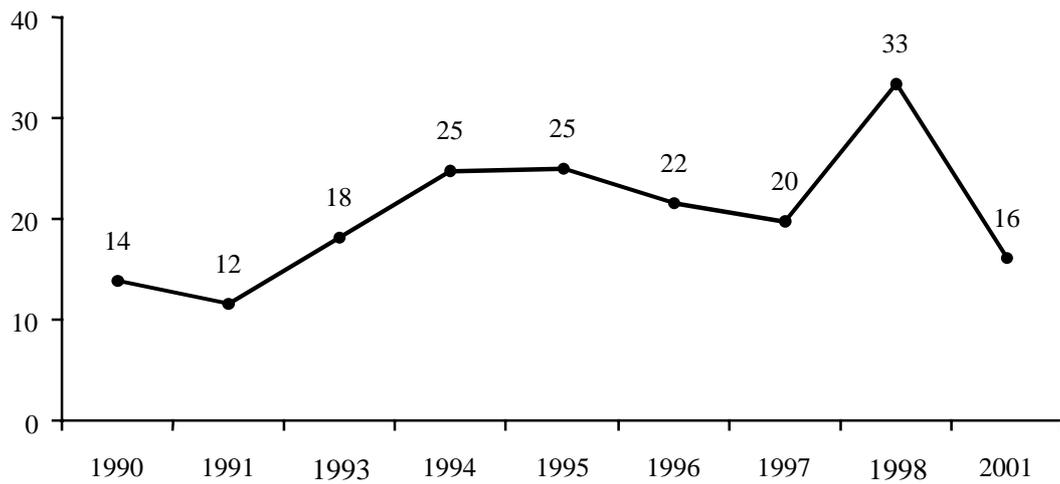
**Problemlösungskompetenz der PDS:  
Einheitliche Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland  
- neue Bundesländer -**



Angaben in % der Wahlberechtigten

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, kumulierter Datenfile

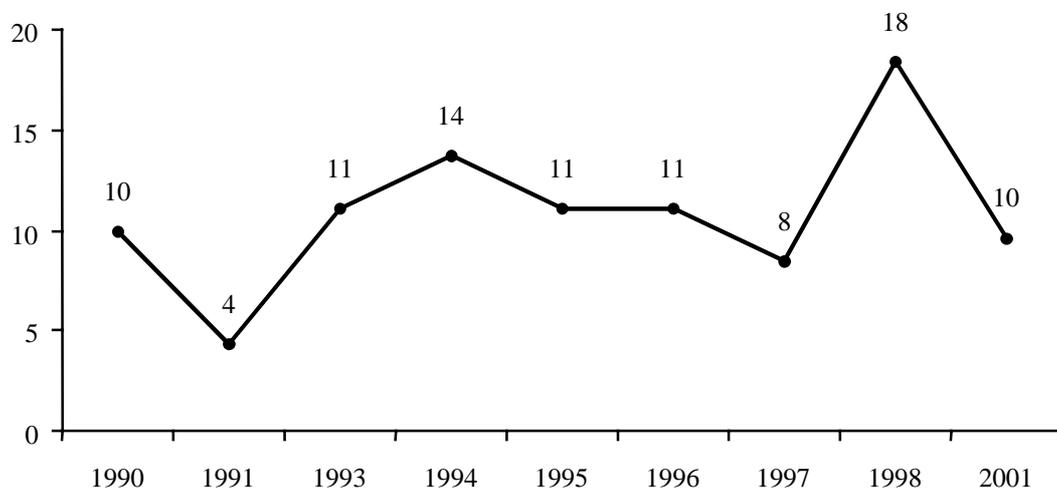
**Problemlösungskompetenz der PDS: Familien mit Kindern  
- neue Bundesländer -**



Angaben in % der Wahlberechtigten

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, kumulierter Datenfile

**Problemlösungskompetenz der PDS: Sicherung der Arbeitsplätze  
- neue Bundesländer -**



Angaben in % der Wahlberechtigten

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, kumulierter Datenfile

**Problemlösungskompetenz in Ostdeutschland**

Welcher Partei trauen Sie es am ehesten zu, diese Probleme zu lösen?\*

|                                   | Union<br>% | SPD<br>% | Diff. | FDP<br>% | Grüne<br>% | PDS<br>% | keiner<br>% |
|-----------------------------------|------------|----------|-------|----------|------------|----------|-------------|
| Arbeitsplätze sichern             | 28         | 38       | -10   | 4        | 1          | 10       | 15          |
| Renten sichern                    | 32         | 39       | -7    | 1        | 1          | 7        | 12          |
| Gute Wirtschaftslage sichern      | 41         | 33       | +8    | 5        | 1          | 5        | 8           |
| Verbrechenschutz                  | 33         | 30       | +3    | 3        | 1          | 6        | 11          |
| Umweltschutz                      | 11         | 15       | -4    | 1        | 57         | 5        | 6           |
| Mehr für Familien mit Kindern tun | 21         | 41       | -20   | 3        | 5          | 16       | 7           |
| Staatsverschuldung verringern     | 25         | 42       | -17   | 5        | 0          | 4        | 13          |
| Einheitl. Lebensverhält. Ost/West | 24         | 28       | -4    | 3        | 1          | 22       | 14          |
| Ausländerzuzug einschränken       | 45         | 13       | +32   | 4        | 1          | 3        | 7           |

\*) Mehrfachnennungen möglich

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Mai 2001